Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33 — Sonnabend, den 15. August 1925 — 29. Jahrgang

Und du sollst zahlen!

(Die christliche Doppelbesteuerung.)

Der Reichstag hat gegen Ende der verflossenen Woche mit Hilfe der Zentrumspartei die Schliebensche Steuerreform angenommen. Sie sieht insgesamt eine Belastung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Bevölkerung in Höhe von 7 Milliarden Reichsmark vor und bedeutet gerade für die Verbraucherschaft und die Arbeiterschaft eine gewaltige Neubelastung die sich gegenüber der bisherigen Belastung wie folgt darstellt:

	bisher	Neubelastung in Reichsmark
Besitz- und Verkehrssteuer	4104000000	4663000000
Davon Lohnabzug und Einkommensteuer	1344000000	1700000000
„ Körperschaftssteuer	144000000	300000000
„ Vermögenssteuer	376000000	500000000
„ Allgemeine Umsatzsteuer	1260000000	1380000000
„ Luxussteuer	180000000	120000000
„ Gesellschaftssteuer	34000000	30000000
„ Wertpapiersteuer	6000000	4000000
„ Börsenumsatzsteuer	150000000	96000000
„ Kraftfahrzeugsteuer	50000000	60000000
„ Versicherungssteuer	32000000	30000000
„ Rennwett- und Lotteriesteuer	45000000	60000000
„ Wechselsteuer	65000000	50000000
„ Beförderungssteuer	230000000	282000000
Einmalige Steuern	36000000	66000000
Verpfändete Zölle und Verbrauchsabgaben	1017000000	1435000000
Davon Zölle	160000000	365000000
„ Tabaksteuer	360000000	560200000
„ Zuckersteuer	231000000	185000000
„ Biersteuer	126000000	174000000
„ Branntweinmonopol	140000000	150000000
Andere Verbrauchsabgaben	82000000	344000000

Unsere Angaben beziehen sich auf den sogenannten ordentlichen Haushalt. Er soll nach der Schliebenschen Steuerreform rund 6 499 000 000 Mk. erbringen gegen 5 240 000 000 bisher. Dazu kommt die Belastung aus dem außerordentlichen Haushalt in Höhe von 577 000 000 Mk. Danach beträgt die Gesamtbelastung 7 076 000 000 Mark.

Wie bereits oben bemerkt, konnte die Regierung diese Neubelastung, die durchweg zu Lasten der breiten Schichten geht, nur mit Hilfe der Zentrumspartei durchsetzen. Die Zentrumspartei hat aber durch diesen Schritt weder der Arbeiterschaft noch der Wirtschaft einen Dienst getan, denn die Neubelastung muß die Reallöhne weiter drücken und den Warenabsatz weiter einschränken. Dadurch wird ohne Zweifel die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Die Zentrumspartei hat ein Steuergesetz gegen die Arbeiterschaft und die Wirtschaft gemacht. Sie wird das Uebel noch verschärfen, indem sie für das Zollkompromiß der Regierung eintritt, das für die Großagrarier eine maßlose Begünstigung, für die Arbeiterschaft eine unerhörte Belastung darstellt.

Mit der Zentrumspartei hat eine Reihe von Vertretern der christlichen Gewerkschaften für diese Belastungspolitik der Rechtsregierung gestimmt. Wie wollen diese Arbeitervertreter ihre Haltung im Reichstag gegenüber den christlichen Arbeitern verantworten? Womit wollen sie es rechtfertigen, wenn sie die Lebenshaltung der breiten Schichten aufs neue verteuern? Sie haben keine Rechtfertigung; denn sie sind so weit gegangen, daß sie selbst den sozialdemokratischen Antrag, der die notwendigsten Lebensmittel, also Brot und Fleischwaren, und die Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer befreien wollte, ablehnten.

Die Brotverteurer in den Reihen der Zentrumsparteien und der christlichen Gewerkschaften versuchen nun ihre Haltung gegenüber der Steuerreform und dem Zollgesetz zu beschönigen.. Sie wollen der Arbeiterschaft aufs neue Sand in die Augen streuen, indem sie behaupten, daß sie sich für eine Senkung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent einsetzen. Das ist aber noch nicht mal eine Taube auf dem Dach, denn vorläufig ist die Neubelastung auf Steuern und Zöllen da, während die Verminderung der Umsatzsteuer noch kommen soll. Selbst wenn die Verminderung wirklich kommt, woran wir aber angesichts der Haltung der Regierung noch stark zweifeln, ist das, womit man die christliche Arbeiterschaft zu beruhigen und in neuen Schlaf zu wiegen versucht, ein glatter Betrug. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer kann nämlich niemals das entsprechende Entgelt für die Verschärfung der Zölle und der Verbrauchssteuern sein. Das beweist die Entwicklung der in Frage kommenden Steuern. Sie vollzog sich wie folgt:

	1913/14	1924/25
	(in Millionen	Reichsmark)
Umsatzsteuer	18,27	1913,57
Zölle	679,32	356,39
Verbrauchssteuern u. Monopoleinnahmen	663,63	1191,27

Aus den Zahlen geht folgendes hervor: Die Belastung aus dem Zoll, wie sie vor dem Kriege bestand, wurde durch Einführung der Umsatzsteuer und Verschärfung der Verbrauchssteuern abgelöst. An Stelle der Grenzzölle, die nach dem Kriege bis zum Jahre 1924 nur unbedeutende Erträgnisse erbrachten, traten Inlandszölle. Diese Inlandszölle stellten sich in der Einführung der Umsatzsteuer und in den erhöhten Verbrauchssteuern dar. Nun will die Regieung mit Hilfe der Zentrumspartei aber die Grenzzölle wieder einführen. Vorbedingung für diese Einführung der Grenzzölle müßte die Aufhebung der Inlandszölle, also der Fortfall der Umsatzsteuer und die Ermäßigung der Verbrauchssteuern sein. Daran denken aber weder die Regierung noch die Regierungsparteien einschl. des Zentums. Bleiben aber neben den Zöllen die Umsatzsteuern und die verschärften Verbrauchssteuern, dann wird alles, was der Arbeiter, Beamte und Angestellte für seine Lebenshaltung braucht, doppelt belastet, nämlich erst mal durch den Zoll und dann durch die Umsatzsteuer und die verschärften Verbrauchssteuern. Es ergibt sich also eine Doppelbelastung, eine unerhörte Doppelbesteuerung.

Was sagen die christlichen Gewerkschafter dazu?

Gewerkschaftsbund oder Gewerkschaftsbünde?

Ein weiterer Beitrag zur Organisationsfrage.

Von Alexander Knoll.

Grundfalsch wäre es, den den Gewerkschaften heute erwachsenden und in der Zukunft noch in stärkerem Maße an sie herantretenden mannigfachen Aufgaben wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Natur auszuweichen oder aber letztere der Spitzenleitung des ADGB. zuzuweisen, weil Berufsorganisationen diese Aufgaben entweder überhaupt nicht oder aber nur im allerbeschränktesten Umfange erfüllen können. Die Spitzenorganisation kann nur diejenigen allgemeinen Aufgaben übernehmen, die zu erfüllen dem einzelnen Industrieverband nicht möglich ist. Von unten auf muß ein gesunder Auf- und Ausbau erfolgen. Dort unten sind die Wurzeln unserer Kraft. Nicht auf dem Gebiet der engeren Lohn- und Arbeitsverhältnisse erschöpfen sich die Aufgaben der einzelnen Verbände, sondern die großen und vielseitigen Fragen der Wirtschaft, der Kultur usw. treten immer stärker an uns heran. An die ADGB.-Spitzenleitung dürfen nicht diejenigen Aufgaben abgeschoben werden, **die wir in den einzelnen Industrieverbänden selbst erfüllen können und müssen.** Nur so gewinnen die einzelnen Verbände und damit das Ganze an innerem Gehalt, an Ansehen und Werbekraft. Nicht erstickend in einem starren Bureaukratismus, nicht „alles Heil von **oben" erwartend, sondern in möglichster Beweglichkeit, freier Entwicklung und Stärkung der einzelnen Glieder wird die Gesamtbewegung gesunden, kraftvoll vorwärtsschreiten, und mit ihr dann der ADGB. durch Zusammenfassung aller Industrieverbände und in Erfüllung derjenigen Aufgaben, die ihm als Gesamtorganisation zufallen.**

In dem vorstehend zietierten letzten Satz der Dißmannschen Schrift: „Berufsorganisationen oder Industrieverbände?" kommt vielleicht am schärfsten der Gegensatz zum Ausdruck, der zwischen Verteidigern und Gegnern der Dißmannschen Pläne besteht. Die **letzteren wollen grundsätzlich die** Stärkung der Gesamtbewegung, die sich im Bundesvorstand verkörpert, dadurch, daß sie ihm möglichst **viel Aufgaben gemeinsamer Natur zuweisen** und demgemäß seinen **Verwaltungsapparat** gestalten. Dißmann und seine engeren Freunde, die nach meiner Ansicht nicht ohne weiteres identisch sind mit denen, die die Dißmannschen Anträge bis jetzt noch unterstützt haben, wollen das Gegenteil. Sie wollen dem Bunde möglichst viel von seinen bisherigen gemeinsamen Aufgaben entziehen und diese den einzelnen Industrieverbänden zuleiten. Dem Bundesvorstand sollen danach nur noch ganz wenige Aufgaben gemeinsamer Art verbleiben.

Das ist eine Frage, über die sich natürlich in aller Ruhe und Sachlichkeit reden läßt. Wer der Meinung ist, daß auf dem von Dißmann angestrebten partikularistischen Weg die Gesamtbewegung besser gefördert wird, der hat natürlich auch das Recht, für diesen Weg zu werben und andre zu bewegen, ihn mit zu beschreiten. Man soll sich dann aber auch darüber klar sein, daß es sich dabei um nicht mehr und nicht weniger als um einen Bruch des bisherigen zentralistischen Prinzips der freien Gewerkschaften handelt, und daß an die Stelle desselben das föderalistische Prinzip gesetzt werden soll. Man sollte nun eigentlich meinen, daß über dieses Stadium der Entwicklung bzw. über die Diskussion solcher Fragen unsre Gewerkschaften längst hinaus sein sollten. Und es ist um so verwunderlicher, solche Fragen erneut in der Diskussion auftauchen zu sehen, als ihr Urheber, der Kollege Dißmann, als Politiker sicher auf einem ganz andern Standpunkt steht. Denken wir z. B. daran, daß seitens der bayrischen Staatslenker immer und immer wieder versucht wird, dem Reiche eines seiner Machtbefugnisse nach dem andern zu entreißen und auf die Länder überzuleiten. Es hieße Dißmann beleidigen, wollte man ihm unterstellen, daß er in seiner politischen Tätigkeit diesem politisch-partikularistischen Bestreben jemals auch nur die geringste Konzession gemacht hätte!

Wer dagegen Dißmanns Tätigkeit im Gewerkschaftsleben der letzten fünf Jahre aufmerksam verfolgt hat, der muß finden, daß er hier in ständig zunehmendem Maße starke partikularistische Auffassungen vertreten hat. In der oben zitierten Schrift, die sozusagen die Krönung dieser seiner Tätigkeit darstellt, erbringt er den Beweis nun auch schwarz auf weiß. Das muß anerkannt werden, da ihm dann später niemand vorwerfen kann, daß er seine eigentlichen Ziele verhüllt habe.

Ist denn aber dieses Ziel wirklich erstrebenswert; ist es wirklich das richtige Ziel der Gewerkschaftsbewegung? Da muß man denn doch sagen, daß die Dißmannsche Schrift einen Widerspruch in sich darstellt. Sie geht aus von der vermeintlichen oder richtigen — sagen wir: relativ richtigen — Tatsache, daß sich im Wirtschaftsleben eine stetige Konzentration vollzieht (in einem andern Artikel wurde schon betont, daß seit Leipzig eher eine Rückentwicklung eingetreten ist), und daß die Gewerkschaften sich diesem Konzentrationsprozeß anzupassen haben. Ein an sich ganz selbstverständlicher und richtiger Gedanke. Aber wie Dißmann sich die Verwirklichung dieses Gedankens vorstellt, das ist das Widerspruchsvolle in seinem Plan. Dieser, wenn er wirklich ausgeführt würde, wäre keine Zusammenfassung, sondern nur eine Verschiebung der Kräfte! Und zwar eine Verschiebung im absolut unrationellen Sinne: den einzelnen Dißmannschen „Industrieverbänden" wird vielleicht ein Teil gegeben — aber die Gesamtheit des Bundes verliert mehr, als die einzelnen Teile zusammengenommen gewinnen. Soll man das im einzelnen noch nachweisen? Bitte, dann müßten doch erst die Verfechter der Dißmannschen Pläne den Nachweis antreten, daß die von ihnen bisher nur behauptete Kräftevermehrung tatsächlich eintritt. Was sie wollen, ist doch aber, wie schon in meinem ersten Artikel dargelegt wurde, zunächst nur das Experiment. Sie mögen auch felsenfest davon überzeugt sein, daß das Experiment glückt. Die andern aber, mit denen und auf deren Kosten das Experiment gemacht werden soll, fürchten, daß es mißglückt, und sie haben für sich in ihrer Berechnung einen ebenso hohen Wahrscheinlichkeitsgrad, wie die Gegenseite für sich in Anspruch nimmt, ja unter den gegebenen Umständen noch mehr.

„Grundfalsch wäre es, den den Gewerkschaften heute erwachsenden und in der Zukunft noch in stärkerem Maße an sie herantretenden mannigfachen Aufgaben wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Natur auszuweichen oder aber letztere der Spitzenleitung des ADGB. zuzuweisen, weil Berufsorganisationen diese Aufgaben überhaupt nicht oder aber nur im allerbeschränktesten Maße erfüllen können."

Man muß diesen Satz zweimal lesen, um die ganze Kühnheit der Dißmannschen Beweisführung sich klar zu machen. Das heißt denn doch nichts andres, als Tatsachen einfach abstreiten, sie aus der Welt zu disputieren. Man muß doch fragen, wann und wo haben die Berufsorganisationen jemals auf den hier angeführten Gebieten versagt, versagt aus Schwäche oder Unfähigkeit? Wer hat z. B. den beruflichen Arbeiterschutz am tatkräftigsten gefördert? Waren es nicht die Berufsorganisationen? Denken wir an die Bundesratsverordnung zum gesundheitlichen Schutz der Steinarbeiter! Denken wir an die Verordnungen über den Bauarbeiterschutz! Denken wir an den Schutz der Arbeiter in Akkumulatoren-, in Zigarrenfabriken und so vieles andre. Die allermeisten dieser Verordnungen und Schutzgesetze sind lange vor dem Kriege herausgekommen, und es läßt sich nachweisen, daß manche von ihnen in vollem Wortlaut dem entspricht, was die Berufsverbände gefordert haben.

Vor allem aber muß hier doch die Frage aufgeworfen werden: Wie soll Sozialpolitik überhaupt gemacht werden? Ist das wirklich ein Tätigkeitsgebiet, auf dem die einzelnen Industrieverbände den Vortritt beanspruchen können und müssen — oder ist Sozialpolitik grundsätzlich von einer Stelle aus zu betreiben! Wenn man die Sache so betrachtet, dann kann die Entscheidung gar nicht anders lauten: Die Sozialpolitik der Gewerkschaften kann und darf nur von zentraler Stelle aus betrieben und geleitet werden — und diese zentrale Stelle kann naturgemäß nur der Bundesvorstand sein! Also gerade umgekehrt wie Dißmann muß man den Grundsatz aufstellen: Alle Sozialpolitik und die Initiative dazu geht vom Bunde und seiner Spitze, dem Bundesvorstande, aus! Und nur die Aufgaben, die zweckmäßig von den einzelnen angeschlossenen Verbänden besser erfüllt werden, verbleiben diesen oder sind ihnen zu überlassen.

Demgemäß kann man Dißmann auch nur sehr bedingt zustimmen, wenn er sagt:

„Nicht auf dem Gebiet der engeren Lohn- und Arbeitsverhältnisse erschöpfen sich die Aufgaben der einzelnen Verbände..."

Das war ja auch bisher schon nicht der Fall, und insofern rennt die Dißmannsche Schrift offene Türen ein.

Dieser Satz wäre aber nicht einmal dann richtig, wenn die Gewerkschaften „auf dem engeren Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse" gar nichts mehr oder nur noch ganz wenig zu tun hätten. So liegen doch aber die Dinge wirklich nicht. Im Gegenteil haben die Gewerkschaften gerade auf diesem „engeren Gebiet" noch eine recht dankbare, aber auch sehr schwere und so umfangreiche Arbeit, daß ihnen für andere Arbeiten zeitweise weder Zeit noch Mittel übrig bleiben werden. Die Vergangenheit jedenfalls hat noch nicht bewiesen, daß die „großen" Organisationen diesem Schicksal leichter entgehen als die „kleinen". Das hängt nicht ab von der Genialität ihrer Leitung, sondern von bewegungsgesetzlichen Momenten, die auch mit einer Verfassungsänderung nicht verschwinden.

Aufgaben kultureller Art! Soll es wirklich rationeller sein, wenn jeder der 14 oder 15 Dißmannschen Industrieverbände für sich Bildungsanstalten und Funktionärschulen auf eigene Kosten einrichtet, oder wenn dies für alle, soweit die höheren Bildungsstufen in Frage kommen, von einer Stelle aus geschieht? Ist Zersplitterung hier nicht gleichbedutend mit unnötiger Vergeudung von Geld, Arbeitskräften, Einrichtungen usw.?

Wirtschaftliche Aufgaben! Soll es wirklich praktischer und ergiebiger sein, die wirtschaftliche Beobachtung und Forschung für einen bestimmten Wirtschaftszweig, sagen wir: die Steinindustrie, von einem halben Dutzend verschiedener und voneinander vollständig unabhängiger Stellen aus zu betätigen, anstatt von einer Stelle, die das Gebiet beruflich kennt und beherrscht? Und soweit es sich um gesamtwirtschaftliche Probleme handelt: die deutsche Wirtschaft tut doch den Gewerkschaften nicht den Gefallen, sich in anderthalb Dutzend Sondergebiete aufzulösen, weil nun einmal ebensoviel Industrieverbände da sind. Auch hier wäre eine ganz unsinnige Vergeudung an Kräften und Mitteln die Folge, weil ja beinahe jeder der einzelnen Industrieverbände seine Beobachtungstätigkeit auf alle Wirtschaftszweige ausdehnen müßte, die für ihn nur irgendwie in Frage kommen. Jeder dieser Verbände müßte also, wenn er wichtige Aufgaben nicht versäumen will, einen Apparat aufziehen, nicht kleiner, als ihn heute der Bundesvorstand aufzubauen im Begriffe ist. Denn es braucht ja nicht verschwiegen zu werden, daß bis jetzt dieser Apparat noch durchaus ungenügend ist. Und ob, wenn ein halbes Dutzend oder mehr Verbände ein und denselben Wirtschaftszweig bearbeiten, das Resultat dieser Arbeit immer ein qualitativ besseres sein wird, als wenn das von einer „berufenen" (Beruf kommt her von berufen sein!) Stelle aus geschieht, das will doch nicht so ohne weiteres einleuchten.

Also man mag die Dißmannschen Pläne betrachten von welcher Seite man will: die Sicherheit, die ihre Befürworter versprechen, gewährleisten sie nicht! Und wenn die taktische Kunst der Gewerkschaften darin besteht, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den denkbar größten Erfolg zu erzielen, dann müssen sie bei Ausführung des Dißmannschen Organisationsplanes nach den Gesetzen der Oekonomik glatt versagen. Mag sein, daß dieser oder jener Industrieverband etwas dabei gewinnt — der Gewinn geht aber auf Kosten der Gesamtbewegung: diese kann dabei nur verlieren.

Auch die Gewerkschaftspolitik unterliegt den Gesetzen der allgemeinen Politik: Wenn sie erfolgreich sein soll, kann sie nur nach großen, allgemeinen Gesichtspunkten von einer Zentralstelle aus geleitet werden. Jede Stärkung einzelner Teile auf Kosten der Zentralstelle führt zur Schwächung des Ganzen. Daher: Nicht Rückkehr zu einem unfruchtbaren und selbstzufriedenen Föderalismus, sondern weitere Stärkung des zentralen Gedankens und damit eine Kräftigung des Ganzen und aller seiner Teile.

Auch in dieser Hinsicht weisen die Anträge des Bundesvorstandes den richtigen Weg. —

Der neue Arbeitsgerichtsgesetzentwurf.

Wer viel mit dem Arbeitsrecht und der Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten zu tun hat, muß es als sehr dringend empfinden, daß endlich die Arbeitsgerichtsbarkeit eine einheitliche Regelung erfährt. Es ist geradezu unhaltbar, daß seit 1918 bei dem Ausbau des Arbeitsrechtes nicht auch schon längst die einheitlichen Arbeitsgerichte geschaffen worden sind. Bei dem jetzigen Zustand ist es oft unmöglich, Arbeiterrechte durchzuführen weil geeignete Rechtsstellen fehlen oder so langsam arbeiten, daß der endliche Erfolg keinerlei Wiedergutmachung entstandenen Schadens bedeutet. Derartige Verhältnisse sind eines modernen Staates unwürdig.

Gegenwärtig werden Arbeitsstreitigkeiten von den Gewerbegerichten, Kaufmannsgerichten, Berggewerbegerichten, Innungsschiedsgerichten, Arbeitsgerichten, Amtsgerichten, Landgerichten, Oberlandesgerichten und dem Reichsgericht entschieden, welche Gerichte nebeneinander, umeinander, nacheinander in einem unübersehbaren Durcheinander tätig sind, so daß sich selbst ein Jurist nicht mehr zurechtfindet. Dazu kommen noch die materiellen, persönlichen und räumlichen Unzulänglichkeiten. Nichts ist nötiger, als hier Ordnung und Uebersichtlichkeit zu schaffen.

Nunmehr liegt der neue Entwurf für ein Arbeitsgerichtsgesetz vor. Derselbe ist im Reichsarbeitsblatt Nr. 28 vom 24. Juli 1925, amtlicher Teil Seite 309, enthalten. Es ist Sache der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß er nicht das Schicksal seiner Vorgänger teilt und wieder in der Versenkung verschwindet. Auch ist bei der Wichtigkeit der Materie eine sachliche Stellungnahme geboten.

Erfreulich ist vor allem die klare Sprache und die gute Einteilung des Entwurfes, welche endlich einmal darauf Rücksicht nimmt, daß außer Juristen auch noch gewöhnliche Menschen die Erde bevölkern.

Das Wichtigste wollen wir vorwegnehmen. Alle Arbeits- und Tarifstreitigkeiten der Arbeiter, der Angestellten und der Gewerkschaften sollen nur noch von den Arbeitsgerichten entschieden werden. Hierin liegt der größte Fortschritt des Entwurfes, damit wäre die dringend nötige Einheitlichkeit erzielt. Dagegen ist die von den Gewerkschaften geforderte volle Selbständigkeit der Arbeitsgerichte nicht vorgesehen, wenn auch in der ersten Instanz selbständige Gerichte gebildet werden sollen, und der Zustand nach dem Entwurf sich wenig von den jetzigen Gewerbegerichten unterscheiden würde. Die Bedenken mancher Gewerbegerichtsvorsitzenden brauchen nicht unbedingt geltend gemacht zu werden. Der ebenfalls von dieser Seite geäußerte Wunsch nach der Beibehaltung der Arbeitsgerichte als kommunale Einrichtungen ist dagegen von den Gewerkschaften zu bekämpfen. Wenn wir je zu einem selbständigen Arbeitsrecht und zu Arbeitsbehörden kommen wollen, dann müssen die Arbeitsgerichte jetzt staatlich werden. Die Berufungs- und Revisionsinstanzen waren bisher Gerichte, die nur von Richtern besetzt waren, jetzt treten Beisitzer der Unternehmer und der Arbeiter und Angestellten hinzu. Die Beisitzer sollen nicht mehr aus Wahlen hervorgehen, sondern nach Vorschlägen der Vereinigungen der Unternehmer und der Arbeiter und Angestellten berufen werden.

Folgende Einzelheiten sind von besonderem Interesse. Es sollen errichtet werden:

als erste Instanz Arbeitsgerichte, Besetzung ein Vorsitzender, der mindestens die Befähigung zum Richteramt haben muß, je ein Beisitzer der Unternehmer und der Arbeiter oder Angestellten, zusammen also drei Personen als Kammerbesetzung, die Beisitzer können Männer oder Frauen, sie müssen Reichsangehörige und vierundzwanzig Jahre alt sein;

als Berufungsinstanz Landesarbeitsgerichte, Besetzung ein Richter des Landgerichtes oder Oberlandesgerichtes als Vorsitzender sonst wie vor, nur müssen die Beisitzer dreißig Jahre alt und mindestens drei Jahre Beisitzer einer Arbeitsgerichtsbehörde gewesen sein;

als Revisionsinstanz Reichsarbeitsgericht, Besetzung ein Richter des Reichsgerichtes als Vorsitzender, zwei solche Richter als Beisitzer, sonst wie vor, nur sollen die nichtrichterlichen Beisitzer fünfunddreißig Jahre alt sein.

Das Erfordernis der dreijährigen Zugehörigkeit zu einer arbeitsgerichtlichen Behörde erscheint unnötig, die Altersgrenzen ebenfalls, Reichstagsabgeordneter kann man mit fünfundzwanzig Jahren werden und damit über die Geschicke des Reiches bestimmen, also wird man im gleichen Alter auch schon eine Rechtsstreitigkeit mit entscheiden können.

Berufung und Revision sind an die Uebersteigung eines Streitwertes gebunden, neu und bedenklich ist, daß bei jedem Urteil ohne Rücksicht auf den Streitwert die Berufung und Revision aus prinzipiellen Gründen durch das entscheidende Gericht zugelassen werden kann. Diese Vorschrift kann die unteren Instanzen veranlassen, alle schwierigen Fragen den oberen Instanzen aufzubürden und dadurch die Sache in die Länge zu ziehen. Bei Streitigkeiten aus § 86/87 BRG., aus der Landarbeitsordnung und dem Reichsversorgungsgesetz gibt es nur die Berufung, nicht die Revision, um das Verfahren zu beschleunigen. Die anderen Streitigkeiten bedürfen aber dieser Beschleunigung genau so dringend. Gegen das mit der Errichtung der vorläufigen Arbeitsgerichte neu eingeführte Beschlußverfahren gibt es die Beschwerde, die aufschiebende Wirkung hat, was für die Betriebsräte von wesentlicher Bedeutung ist.

Den Gewerkschaften wird die Parteifähigkeit zur Anrufung der Arbeitsgerichte verliehen, ebenso den Betriebsräten. Gewerkschaftsvertreter können in den ersten beiden Instanzen als Prozeßvertreter tätig werden, Rechtsanwälte dagegen in den beiden letzten Instanzen. Die Berufungs- und Berufungsbegründungsfrist beträgt gemeinsam zwei Wochen, bisher waren es ein Monat und ein Monat. Eine Zurückverweisung wegen Verfahrensmängeln in der Vorinstanz ist unzulässig. Die vorgesehenen Fristen bei der Revision sind die gleichen wie bei der Berufung.

Neu ist die Sprungrevision; wenn der Wert des Streitgegenstandes die Revisionsgrenze übersteigt und wenn der Gegner einwilligt oder der Reichsarbeitsminister die sofortige Entscheidung des Rechtsstreites durch das Reichsarbeitsgericht im Interesse der Allgemeinheit für notwendig erklärt. In diesen Fällen geht eine Streitsache vom Arbeitsgericht unter Umgehung der Berufung unmittelbar an das Reichsarbeitsgericht.

Für alle Arbeitsstreitigkeiten kann die Arbeitsgerichtsbarkeit durch Schiedsverträge der Vereinigungen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Die Entwicklung der neuen Arbeitsgerichte wird erst zeigen, ob ein derartiger Ausschluß zu empfehlen ist, oder ob man die vollkommene Einheitlichkeit der Rechtsstellen vorzieht. Jedenfalls sieht der Entwurf genügend Schutzbestimmungen vor, wenn die Schiedsstellen versagen. Dann treten die Arbeitsgerichte in Funktion. Dann gibt es noch das Güteverfahren, wo die Parteien eine Einigungsstelle schaffen, welche die gütliche Schlichtung des Streites versuchen soll. Mißlingt dieselbe, dann geht die Sache an das Arbeitsgericht, das sonst vorgeschriebene Güteverfahren desselben kommt dann in Wegfall. Weiter können die Parteien noch eine Schiedsgutachterstelle einrichten, die Gutachten über Tatfragen abgibt, an welche das Arbeitsgericht dann gebunden ist.

Mit dieser vorläufigen Einführung wollen wir schließen. Die Rechte der Arbeiter ergeben sich aus dem materiellen Inhalt der arbeitsrechtlichen Gesetze, nicht aus dem Rechtsweg. Der Rechtsweg müßte also so einfach und klar wie möglich geregelt sein, damit die Parteien zu ihrem Recht kommen können. Hier handelt es sich also nicht mehr um Prinzipien, sondern nur noch um so viel anständige Gesinnung, niemand sein Recht durch ungeeignete Rechtsstellen nehmen zu wollen.

Wer also gegen die beste Ausgestaltung des Rechtsweges seine Stimme erhebt, der will, daß das von einer Schicht im Staate errungene, im Gesetz festgelegte Recht, hintenherum unwirksam werden soll. Gegen derartige Bestrebungen müssen sich die Arbeiter mit aller Energie wenden. Der Entwurf offenbart eine ehrliche und anständige Gesinnung, das muß unbeschadet der Stellungnahme zu Einzelheiten schon jetzt ausgesprochen werden. Warten wir ab, ob die Unternehmer die Skrupellosigkeit und den Mut aufbringen, auch noch gegen die Durchsetzung wenigstens der sich aus den Gesetzen ergebenden Gerechtigkeit anzukämpfen. Immerhin, mögen sie es versuchen, sie werden dabei ihre wahren Absichten vor niemand verschleiern können.

Dem sozialpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates liegt der Entwurf zur Begutachtung vor. Trotz vieler trüber Erfahrungen darf und soll man hoffen, daß eine Einigung unter voller Aufrechterhaltung der Klarheit und Uebersicht des Entwurfes erzielt wird.

npl.

Gebundene oder freie Wirtschaft.

In allen volkswirtschaftlich aufgeklärten Kreisen war man sich nach dem Versailler Friedensvertrag und erst recht nach dem Dawes-Abkommen darin einig, daß es für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft nur den Weg gab: Steigerung der deutschen Wirtschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit; denn nur so bot sich die Aussicht, die dem deutschen Volke auferlegten Lasten zu tragen, ohne seine Lebenshaltung tief herabzudrücken. Daraus ergab sich als selbstverständliche Forderung die ungehinderte Beteiligung Deutschlands am Welthandel und freie Wirtschaft. Das deutsche Volk mußte diesen Weg gehen; denn ein Herabsinken zum Agrarstaat konnte keine andere Folge haben, als ein Drittel seiner Bevölkerung überflüssig werden zu lassen, diesen überflüssigen Volksteil entweder zum Verhungern oder zur Auswanderung zu verurteilen. Hiergegen mußte sich der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes aufbäumen. Es wollte leben und seine Kräfte frei entfalten.

An Mahnungen und Aufforderungen an Industrie und Landwirtschaft, diese Erkenntnis in die Wirklichkeit umzusetzen, hat es seitdem nicht gefehlt. Sie waren berechtigt; denn der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft hatte sich während der Kriegsjahre sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie so verschlechtert, daß er gegenüber der agrarischen und industriellen Entwicklung anderer Staaten weder in den Preisen noch in der Qualität die Konkurrenz aufnehmen konnte. Der Ersatz- und Kriegsschuld unseligen Angedenkens wurde nur langsam abgeschüttelt. Hinzu trat die infolge der Abschnürung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt sich vollziehende Kartellierung der Industrie, deren monopolistische Preisgestaltung auch die Landwirtschaft für sich auszunutzen verstand. Diese Umstände veranlaßten, daß sich der wirtschaftliche Produktionsapparat weit über den vorhandenen Bedarf aufblähte, ohne einen entsprechenden Wirkungsgrad zu erlangen. Ihn zu erhöhen, bestand für die Produzenten kein ausreichender Anlaß. Sie hatten die Preisschraube fest in der Hand und konnten sie nach Belieben anziehen, um so den gewohnten Gewinn aufrechtzuerhalten. Das Volk, von allem Notwendigen entblößt, brauchte Waren und Lebensmittel. Vom Auslande konnte es diese nur in beschränktem Umfange beziehen. Also mußte es zahlen, was die Produzenten verlangten. So blieben alle Mahnungen fruchtlos, Industrie und Landwirtschaft kamen auch bei Fortsetzung des alten Schlendrians auf ihre Rechnung.

In diesem Zustand ist inzwischen eine Verschiebung eingetreten. Nicht vom Inlande aus, wo die Kartelle der deutschen Industrie wie die Organisationen der Landwirtschaft nach wie vor jeden ernsthaften Wettbewerb unterbinden. Wohl aber machte sich vom Auslande her eine immer fühlbarere Konkurrenz bemerkbar, die in der steigenden Einfuhr zum Ausdruck gelangte und in starkem Mißverhältnis zur deutschen Ausfuhr stand. Hierbei zeigte sich, wie wenig trotz der hohen Preise Industrie und Landwirtschaft es mit der Steigerung der Produktion ernst nahmen. Besonders deutlich tritt das bei der Landwirtschaft in die Erscheinung. Nach einer vom Reichsstatistischen Amt vorgenommenen Feststellung führte Deutschland vor dem Kriege jährlich für 400 bis 500 Millionen Mark landwirtschaftliche Fertigerzeugnisse: Fleisch, Fett und Molkereiprodukte ein. Der Einfuhrwert dieser Produkte beziffert sich gegenwärtig auf 900 Millionen. Ebenfalls vor dem Kriege benötigte die deutsche Landwirtschaft an Futtermitteln aus dem Auslande für 800 Millionen Mark, jetzt dagegen nur für 100 Millionen. Dabei hat der Viehbestand der deutschen Landwirtschaft wieder den Vorkriegsstand erreicht. Die Zahl der Rinder beträgt 80 Prozent der Friedensziffer, die Zahl der Schweine kommt ihr gleich. Dagegen stehen Rinder und Schweine in Qualität und Gewicht stark hinter dem Friedensstand zurück, weshalb auch die Erzeugung von Fleisch, Fett und Molkereiprodukteen eine wesentliche Abnahme aufweist. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse in der Industrie. Von einer Steigerung der Produktion ist nur wenig zu bemerken. Dagegen treten ganz deutlich Bestrebungen zutage, sie zu verhindern.

Ausfluß dieser Bestrebungen ist die Zollvorlage der Regierung, wodurch die unbequeme Konkurrenz des Auslandes von den deutschen Produzenten ferngehalten, die Rohstoff- und Lebensmittelpreise noch über den gegenwärtig hohen Stand hinausgetrieben werden sollen, was letzten Endes auf eine weitere Abschnürung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkte hinauslaufen muß. Ist es doch ausgeschlossen, daß sich das Ausland ohne weiteres die von Deutschland diktierten Zölle gefallen läßt und nicht mit gleichen Maßnahmen antwortet. Der gegenwärtige Zollkrieg mit Polen bestätigt diese Annahme. Das deutsche Volk läuft also Gefahr, daß seine Wirtschaft eine Bindung und Einengung erfährt, die leicht verhängnisvoll werden kann. Zudem ist es nicht wahr, daß, wie die Befürworter der Schutzzölle behaupten, höhere Preise eine produktionssteigernde Wirkung haben. Wäre es der Fall, dann müßte die deutsche Wirtschaft schon längst zur höchsten Leistungsfähigkeit gelangt sein, denn an Preisen, die zum Teil den Weltmarktpreis wesentlich überschritten, hat es der deutschen Industrie wie der Landwirtschaft nicht gefehlt. Es ist aber das Gegenteil eingetreten.

Um die deutsche Wirtschaft leistungsfähig zu machen, bleibt nichts anderes übrig, als sie den weltwirtschaftlichen Verhältnissen einzugliedern. Das erfordert entgegen den Bestrebungen der Schutzzöllner eine gesteigerte Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Die deutsche Wirtschaft kann und darf sich den Luxus nicht erlauben, diese selbst zu erzeugen, weil es die erforderlichen Rohstoffmengen nicht besitzt, außerdem der Lebensstand der deutschen Bevölkerung es nicht zuläßt. Nach der ganzen Struktur der deutschen Wirtschaft ist sie auf die Erzeugung hochwertiger Veredelungsprodukte angewiesen, für die sich trotz aller Auslandskonkurrenz noch Abnehmer auf dem Weltmarkte finden, selbstverständlich nur dann, wenn hierbei nach dem Grundsatz verfahren wird, daß, wer nehmen will, auch geben muß.

Unter diesen Umständen ist es das denkbar Verkehrteste, das schlechte Beispiel anderer Länder nachzuahmen und auch Deutschland mit einer Schutzzollmauer gegen die Auslandskonkurrenz abzusperren, besonders da die deutsche Wirtschaft die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln gar nicht entbehren kann. Und diese Absperrung ist um so verwerflicher, als sie nur den Zweck verfolgt, die deutschen Erzeuger von Rohstoffen einseitig zu begünstigen, ihr Monopol auf die Ausbeutung der deutschen Verbraucher zu erweitern und zur Herabsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit beizutragen. Die durch das Zustandekommen eines Kompromisses zwischen den Rechtsparteien und dem Zentrum verstärkte Gefahr der Annahme der Zollvorlage muß von schwerstem Nachteil für die deutsche Wirtschaft, besonders für die Arbeiterschaft sein. Was steht zu erwarten?

Die dem Zollschutz unterliegenden Waren werden im Preise steigen. Teilweise ist das schon der Fall. Da es sich vorzugsweise um Rohstoffe, Halbfertigwaren und Lebensmittel handelt, wirkt die Preissteigerung auch in der Richtung einer Verteuerung der Fertigprodukte. Diese wieder ruft bei gleichbleibendem Einkommen der arbeitenden Bevölkerung — und das ist die große Masse der Verbraucher — notwendig eine Beschränkung der Nachfrage und damit Herabsetzung der Lebenshaltung hervor, die sich zwangsläufig in Verbindung mit einer erschwerten Ausfuhr in verminderter Beschäftigungsgelegenheit, Zunahme des produktiven Leerlaufs, Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitsstandes und Erhöhung des öffentlichen Fürsorgeaufwands umsetzen würde.

Selbst wenn es den Arbeitnehmern gelänge, ihr Einkommen zu steigern, würde sich hierin nichts ändern. Was die in Arbeit stehenden gewinnen, müssen die Arbeitslosen, sowie die Menge derjenigen, die ihr Einkommen nicht zu steigern vermögen, durch größere Entbehrungen büßen. Nur wenn es möglich wäre, die Erhöhung der Löhne auf Kosten des Unternehmergewinnes durchzusetzen, würde sich dieser Nachteil vermindern. Dem steht jedoch entgegen, daß durch den Zollschutz das wirtschaftliche Uebergewicht, damit aber auch die Macht des Unternehmertums beträchtlich gestärkt würde. Nur die Unternehmer der Fertigindustrie befänden sich in ungünstigerer Lage, weil sie mit verschärften Abwehrmaßnahmen der durch den deutschen Schutzzoll in ihrer Ausfuhr beeinträchtigten Länder zu rechnen hätten.

Aus alledem ergibt sich, daß die deutsche Arbeiterschaft den Schutzzollprojekten der Regierung und den mit ihr im Bunde stehenden schutzzöllnerischen Parteien den schärfsten Widerstand entgegenstellen, sowie bis zum letzten Augenblick, wo die Entscheidung fällt, alles daran setzen muß, diese Projekte zu vereiteln und so der deutschen Wirtschaft die erforderliche Bewegungsfreiheit zu ihrer Aufwärtsentwicklung zu verschaffen.

Mtt.

Preispolitik und Arbeitsmarkt.

Die Entwicklung der Preise in Deutschland ist eine Angelegenheit, die stark von der Politik der Regierung beeinflußt wird. So hat die Regierung bis jetzt durch ihre Steuerpolitik (Ueberspannung der Lohnabzugs- und Umsatzsteuer) wesentlich zur Steigerung der Preise beigetragen, während ihre Zollpolitik zweifellos zu weiteren ähnlichen Preissteigerungen führen muß. Da erhöhte Preise aber nichts anderes als eine Aenderung in der Einkommenverteilung zugunsten der Erzeuger und Händler und zu ungunsten der Verbraucher, der Arbeiter, Beamten und Angestellten, bedeutet, ist es gerade der Arbeitsmarkt, der auf die gewaltsame Senkung des Reallohnes reagiert. Hier ist der Punkt, wo die Arbeiterschaft durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Regierung unmittelbar getroffen wird. Natürliche Preissteigerungen bedingen, soweit sie auf vermehrter Nachfrage beruht, ganz selbstverständlich eine Belebung des Arbeitsmarktes; künstliche Preissteigerungen müssen zu einer Verschlechterung desselben führen, weil ihnen in der Verbraucherschaft eine entsprechende Vermehrung der Kaufkraft nicht gegenübersteht.

Die gegenwärtige Regierung ist sich über den Zusammenhang zwischen Preispolitik und Arbeitsmarkt durchaus im klaren. Sie glaubt aber, oder gibt wenigstens vor, es zu glauben, durch Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte (Agrarpreise) den Arbeitsmarkt beleben zu können. Sie stellt uns also, nachdem wir die Scheinkonjunkturen der Rentenmark und der Auslandkredite hinter uns haben, eine Zollkonjunktur in Aussicht. Diese Zollkonjunktur ist der Köder, der Arbeiter und Industrielle bewegen soll, die hohen Agrarpreise zu schlucken. Werden die Agrarzölle nun eine Zollkonjunktur bringen?

Tatsache ist, daß jede infolge des Agrarzolles eintretende Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte die Kaufkraft der agrarischen Bevölkerung steigert. Der Agrarzoll ist also nichts anderes als eine einseitige Interessenpolitik zugunsten eines bestimmten Teiles der deutschen Bevölkerung. Unter Einfluß des Agrarzolls wird die Landwirtschaft ohne Zweifel mehr als bisher kaufen können. Davon wird natürlich der Arbeitsmarkt profitieren. Auf der anderen Seite wird aber die Kaufkraft des Teils der Bevölkerung, der höhere Nahrungsmittelpreise zahlen muß, — und das ist der überwiegend größere Teil des deutschen Volkes — vermindert. Im Grunde genommen handelt es sich um eine Aenderung in dem Einkommen, in einer Verteilung der Kaufkraft zugunsten der Landwirtschaft. Ueber die Wirkungen dieser Gewaltsamen Aenderungen kann kein Zweifel bestehen, da wir ja im Laufe des Jahres 1924 ähnliche Ereignisse erlebt haben. Damals steigerte sich, auch infolge künstlicher Maßnahmen, der Roggenpreis von 140 Mark pro Tonne auf über 220 Mark. Die Preisentwicklung bedeutete Stärkung der Kaufkraft der Agrarbevölkerung, die erhöhten Mehl- und Brotpreise schwächten aber die Kaufkraft der übrigen Bevölkerung. Die gestärkte Kaufkraft der Agrarbevölkerung kam in der vermehrten Nachfrage nach kleinen Maschinen und Geräten zum Ausdruck und jenen Industrien zugute, die ganz auf den Bedarf des landwirtschaftlichen Betriebes eingestellt sind. Wir wollen die Produktionsmittelindustrien nennen. Dagegen stellte sich bei der Mehrzahl der deutschen Industrien, die für den Verbrauch der Massen arbeiten, also bei den Verbrauchsindustrien, auf Grund der Verschlechterung der Kaufkraft der nichtagrarischen Bevölkerung, ein empfindlicher Rückschlag ein. Wir geben die Entwicklung durch folgende Tabelle wieder:

Index 1913 = 100	Vierteljahr 1924 1.	2.	3.
Lebensmittel	107,7	97,9	120,7
Getreide und Kartoffeln	88,9	84 2	110,7
Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit je 100 Mitglieder der Fachverbände.			
I Produktionsmittel-Industrien:			
a) Arbeitslosigkeit	23,1	12,9	16,1
b) Kurzarbeit	23	13,4	29,3
II. Verbrauchs-Industrien:			
a) Arbeitslosigkeit	8,9	4,8	9,4
b) Kurzarbeit	9,4	12,4	31,3

Unsere Tabelle ergibt Folgendes: Durch Erhöhung der Agrarpreise kann ohne Zweifel die Industrie belebt werden, die rein auf die Landwirtschaft eingestellt ist. Die hier erzielten Verbesserungen bedeuten aber in Wirklichkeit keine Belebung der Industrie, weil sie auf der anderen Seite Verschlechterungen in solchen Industrien auslösen müssen, die für den Verbrauch der Massen arbeiten. Weiter ist Folgendes zu beachten: die Belebung der sogenannten Produktionsmittelindustrien durch erhöhte landwirtschaftliche Preise kann nur von kurzer Dauer sein und muß in dem Augenblick aufhören, wo der Bedarf der Landwirtschaft gedeckt ist oder die Mittel nicht mehr ausreichen, den noch vorhandenen Bedarf zu decken. Diese Grenze ist in Deutschland sehr eng gezogen, da der Bedarf der Landwirtschaft an Geräten und kleinen Maschinen von Sachverständigen auf höchstens 1¼ Milliarden geschätzt wird. Wenn die Regierung heute von einer Zollkonjunktur spricht, von der sogenannten Stärkung des inneren Marktes durch Zoll, kann es sich höchstens um eine künstliche Konjunktur handeln, wie wir sie in der Mitte des Jahres 1924 auf Grund der künstlichen Steigerung des Getreidepreises erlebt haben.

Aenderungen in der Invalidenversicherung.

Die mit dem nun im „Reichsgesetzblatt" veröffentlichten Gesetze über den „Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung" vom 28. Juli 1925 eingetretenen wesentlichsten Aenderungen sind die folgenden:

Mit Wirkung vom 1. August 1925 beträgt der Grundbetrag der Invalidenrente 168 Mk. statt bisher 120 Mk. Der Steigerungssatz ist von 10 auf 20 v. H., der Kinderzuschuß von 36 auf 90 Mk. erhöht. Letzterer ist nun auch für nichteheliche Kinder zu gewähren.

Ansprüche auf Leistungen, für die das Feststellungsverfahren am 1. August 1925 schwebt, unterliegen den neuen Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt auch dann als Revisionsgrund, wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte. Die bis zu dem genannten Zeitpunkt bewilligten und an diesem Tage noch laufenden Renten werden vom 1. August 1925 an nach dem erhöhten Grundbetrage berechnet. Steigerungssatz und Kinderzuschuß bleiben hier wie bisher.

Mit Wirkung vom 28. September 1925 werden folgende Lohnklassen gebildet: Klasse 1 bis zu 6 RM., Klasse 2 bis zu 12 RM., Klasse 3 bis zu 18 RM., Klasse 4 bis zu 24 RM., Klasse 5 bis zu 30 RM., Klasse 6 von mehr als 30 RM. Für Versicherte der ersten Lohnklasse sowie für Lehrlinge überhaupt hat der Arbeitgeber die vollen Beiträge allein zu entrichten. Als Wochenbeiträge gelten ab 28. September in den sechs Lohnklassen: 25, 50, 70, 100, 120, 140 Pfennig. Bei der Selbstversicherung und der Weiterversicherung sind nunmehr Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2 zu entrichten.

Das neue Verbandsstatut.

(Wek.) Der Weimarer Verbandstag hatte u. a. die Aufgabe, die statutarischen Bestimmungen mit den bestehenden Verhältnissen in Einklang zu bringen. Ob ihm dies gelungen ist, soll hier nicht erörtert werden, sondern lediglich eine Erläuterung der beschlossenen Neuerungen erfolgen.

Im § 1, der die Aufgaben des Verbandes aufzählt, ist die Demokratisierung der Betriebe als Vorstufe zur Sozialisierung7 eingefügt. Diese soll durch Anwendung und Vervollkommnung des Betriebsrätegesetzes und Ausdehnung seiner Bestimmungen auf Kleinbetriebe mit weniger als 5 regelmäßig beschäftigten Personen erfolgen. Die Erreichung dieses Zieles ist nur möglich durch engste Fühlung der Betriebsräte (in Kleinbetrieben mit weniger als 5 regelmäßig beschäftigten Personen, der Vertrauensleute) mit den Verbandsinstanzen (Orts-, Bezirks-, Gau- und Zentralleitung). Alle Bestrebungen der Unternehmer, eine nach ihrem Sinne zugeschnittene Arbeitsgemeinschaft durch das Mittel der „Werksgemeinschaft" zu erreichen, müssen gegebenenfalls von vornherein zunichte gemacht werden durch Verweisung der Unternehmer an die zuständigen Verbandsinstanzen. Durch eine vorbehaltlose Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterrechte, die nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis ihren Ausdruck fand, hätte sich sehr gut eine beiden Teilen gerecht werdende Arbeitsgemeinschaft herstellen lassen. Die Beibehaltung übernommener Vorrechte schließt natürlich ein dauerndes friedliches Zusammenarbeiten aus, und da die Unternehmer von diesen nichts preisgeben wollen, so bleibt den Arbeitern zur Erringung ihrer wirtschaftlichen Rechte (wie der bereits errungenen politischen) gezwungenermaßen nur der Kampf übrig, der uns in der Zusammenfassung seiner verschiedenen Variationen als Klassenkampf bekannt ist. Ihn erfolgreich zu führen, setzt starke Verbände voraus (wobei wir bemerken, daß „groß" nicht immer gleichbedeutend mit „stark" ist), ohne deren Rückhalt die Belegschaften der einzelnen Betriebe (gleichviel ob sie groß oder klein sind) der Unternehmerwillkür preisgegeben sind.

In den Geltungsbereich des Verbandes (§ 2) sind nun auch die Kollegen des Steinstraßenbaues, wohin sie laut Urabstimmungsergebnis des ehemaligen Steinsetzerverbandes seit dem 1. Januar 1924 gehören. Der Streit mit dem Baugewerksbund um die Zugehörigkeit der Steinsetzer und verwandten Berufsgenossen ist noch unentschieden, doch ändert er nichts an dem von uns eingenommenen Standpunkt. Auch im übrigen sprechen wir dem Bauarbeiterwie jedem andern Verbande das Recht ab, seinen Geltungsbereich durch bloße Namens- und Satzungsänderung auf die Steinindustrie zu erweitern, wobei wir mit dem Bundesvorstand und der Mehrheit der dem ADGB. angeschlossenen Verbände konform gehen.

In § 3 ist eine Erleichterung für die Wiederaufnahme wegen rückständiger Beiträge gestrichener Kollegen geschaffen. Dieselbe kann schon bei einer Nachzahlung von mindestens vier Wochenbeiträgen (neben dem Eintrittsgeld in Höhe eines Wochenbeitrags) erfolgen.

Die Beitragsregelung (§ 4) hat keine Neuerung erfahren, doch muß ihre Durchführung mit aller Energie vor sich gehen. „Ein Stundenlohn dem Verband" darf nicht länger nur ein frommer Wunsch aller um den Verband besorgten Personen sein, durchgeführt allenfalls von den Zeitlohnarbeitern; sondern auch die Akkordarbeiter müssen allwöchentlich den wirklichen Durchschnittsverdienst einer Stunde abführen. Da komme man nicht mit allerlei Ausflüchten, „das ließe sich so genau nicht durchführen, weil der Verdienst so unterschiedlich sei". Mit einigem gutem Willen geht alles, da kann auch der richtige Beitrag errechnet werden. Man mache sich nur von dem lähmenden Gedanken los, der Verband könnte einige Pfennige zuviel bekommen, dann wird schon das richtige Maß getroffen, und sollte es sich im Laufe einiger Wochen herausstellen, daß der angenommene Beitrag über den wirklichen Verdienst hinausgegangen ist, so kann ja eine entsprechende Reduzierung vorgenommen werden, ebenso wie im umgekehrten Fall eine Erhöhung vorgenommen werden muß. Unter keinen Umständen aber darf die bisherige Ungerechtigkeit fortgesetzt werden, daß wohl die Zeitlohnarbeiter einen Stundenverdienst abführen, nicht aber die Akkordarbeiter.

Wie sehr die Beitragshinterzieher sich selbst und die Allgemeinheit (ihre Angehörigen eingeschlossen) schädigen, zeigt der nächste Paragraph (§ 5). Alle Unterstützungen richten sich neben der Dauer der Organisationszugehörigkeit nach der Höhe der Beiträge. Bei der Streikunterstützung gibt es den zwei- bis dreieinhalbfachen, bei der Kranken- und Reiseunterstützung den einfachen Beitrag pro Tag, der acht Wochen vor Beginn des Unterstützungsfalles gezahlt wurde. Das Sterbegeld beläuft sich auf den 30, 40 und 50fachen Wochenbeitrag. Die Kinderunterstützung bei Streiks ist auf 30 Pfg. pro Tag erhöht und auf zum Haushalt gehörige unterhaltungspflichtige Personen, wie Pflegekinder, Großelternausgedehnt. Kinder ohne eigenen Verdienst bis zu 17 Jahren (Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche sind den Kindern gleichgestellt worden. Die Frau des streikenden Kollegen ist jedoch nicht mit in den Kreis der unterstützungsberechtigten Personen einzubeziehen, wie es einzelne besonders „schlaue" Kollegen schon getan haben. Wenn das der Fall sein sollte, dann wäre es doch im Statut deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die Streikunterstützung ist nicht nur für Mann und Frau, sondern für die ganze Familie, die Kinderunterstützung dagegen ist nur als Zuschuß für mehrköpfige Familien bzw. im Haushalt wohnende und mit zu unterhaltende Angehörige gedacht. Ein Grund mehr zur Abführung des richtigen Beitrages! Lieber mehr wie weniger! — Die Krankenunterstützung ist in sechs- und neunwöchige gestaffelt. Bei Anträgen auf Notstandsunterstützung (in außerordentlichen Notfällen, z. B. nach langer Arbeitslosigkeit oder Krankheit) ist dem ausführlich durch die Ortsverwaltung begründeten Gesuch das Mitgliedsbuch des betreffenden Kollegen beizufügen.

Die folgenden Paragraphen des Statuts sind mit den durch die Verschmelzung mit dem Steinsetzerverbande entstandenen Verhältnissen in Einklang gebracht werden.

Sind auch im großen und ganzen keine tiefgehenden Statutenänderungen erfolgt, so verlohnt es sich doch, daß sich die Kollegen mit dem Inhalt des Statuts vertraut machen. Ja, es ist geradezu eine Notwendigkeit. Viel Aerger wäre den Mitgliedern und leitenden Personen des Verbandes schon erspart geblieben, wenn nicht aus Unkenntnis so viel gegen das Statut gehandelt würde, namentlich bei Lohnbewegungen. Obgleich es ausdrücklich im Statut vermerkt ist, daß Arbeitsniederlegungen nicht ohne vorherige Genehmigung des Zentralvorstandes erfolgen dürfen, geschieht es immer wieder. In Zukunft wird in solchen Fällen die Streikunterstützung glatt versagt, wie das ja in der Vergangenheit auch schon oft geschehen ist. Das Statut ist dazu da, daß es in allen seinen Teilen eingehalten wird, damit eine reibungslose Zusammenarbeit aller Verbandsmitglieder ermöglicht wird. Wenn hinfort alle Kollegen an Hand des Statuts bestrebt sind, den Verband vor- und aufwärts zu bringen, dann wird es uns auch leichter als bisher gelingen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In **Aachen** (Grabstein). Im **schlesischen Sandsteingebiet** (Steinmetzen, Brecher, Bildhauer und Hilfsarbeiter). In **Büchlberg** bei der Firma Gebr. Kerber und Michl Scheifl, Bruch **Duxberg** (Unterakkordant von Gebr. Kerber), (Pflasterer und Zeitlohnarbeiter). In **Blaibach** (Oberfr.) bei der Firma Haberstrumpf u. Aulenbacher (Granitwerk). In **Mühlhausen-Langensalza.**

Gesperrt: Granitwerk Köpler in **Schmalkalden.** Betrieb Kappel u. Co. in **Wildemann.** Betrieb Johannes Sachsenheimer in **Mühlbach** (Baden). — In **Hamburg** die gesamten Baustellen der Firma Schulz u. Terpe für alle Kollegen des Straßenbaugewerbes. — Firma Gellert u. Co. in **Halle** (Saale). — **Königsberg i. Pr.** für Steinmetzen. — Die Steinsetzfirma Unglaube, **Frankfurt a. O.,** und **Müncheberg** (Mark).

Zuzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind: von **Bad Oeynhausen** (Firma Wagner), von **Bielefeld** und **Herford** (Steinmetzen und Marmorarbeiter), von **Dortmund** (Grabmalbranche), von **Braunlage** (Granit- und Schotterwerk). — Nach **Berlin** wegen Bauarbeiterstreik und Lohnbewegungen im Steinmetzgewerbe.

Erledigte Bewegungen: Streik im **Schwarzwald.** Steinsetzerbewegung in **Königsberg** (Pr.).

*

Baumholder. Mit der Firma Burger (Granit- und Diabaswerke) wurde am 1. August auf der Grundlage des Reichslohntarifs eine Vereinbarung getätigt. Die anerkennt in allem die allgemeinen Bestimmungen des RLT. Für die Lohnberechnung gelten die jeweiligen Akkordsätze des Odenwaldes mit 5 Prozent Ortszuschlag wie an der Bergstraße, sowie auch die dort geltenden Stundenlohnsätze.

*

40 Jahre als Bildhauer organisiert. Wenn man älter wird, schwelgt man gern in Erinnerungen. Beim Durchstöbern alter Papiere und Bücher kam mir meine Eintrittskarte zum Bildhauerverein von 1885 in Stuttgart in die Hände. Da tauchten alte Erinnerungen wieder auf und man läßt nach 40 Jahren alles Erlebte Revue passieren. Ich brauche wohl nicht an die Entstehung und Kämpfe des alten Bildhauervereins zu erinnern, da es noch viele Kollegen in Deutschland gibt, die unseren früheren Verein tatkräftig unterstützten. Doch stellt man unwillkürlich Vergleiche zwischen früher und jetzt an: dazumal war der Verein hauptsächlich Unterstützungsverein, trotzdem ging es sehr gesellig zu, was man heute sehr vermißt. Es wurden deshalb durchaus nicht die gewerkschaftlichen und die Werkstattverhältnisse etwa vernachlässigt; es wurde ihnen im Gegenteil mehr Einmütigkeit und mehr Verständnis entgegengebracht wie jetzt. Vor allen Dingen wurde die Geselligkeit gepflegt. Ich gedenke noch gern der schönen Stunden in Hannover, Koblenz, München, Wien, Dresden und Leipzig. Jetzt werden die Versammlungen oft durch etliche Querköpfe, welche die Zusammenkünfte als Tummelplatz ihrer Redekünste benutzen, resultatlos auseinandergetrieben. Als alles vorwärtsstrebte, konnte unser alter Unterstützungsverein nicht zurückbleiben, und es entstand der Zentralverein der Bildhauer (Sitz Berlin). Dem neuen Verband wurde wenig Sympathie entgegengebracht und doch ging es vorwärts, eine straffere Organisation setzte ein und wir Bildhauer konnten auf schöne Resultate zurückblicken. Auf die Einzelheiten der Entwicklung unsres Verbandes will ich nicht eingehen, das würde zu weit führen. Es sind genug Debatten gepflogen worden, gerade in der letzten Zeit vor der Auflösung. Für und wider Anschluß an größere Verbände; eine Frage, die in letzter Zeit in allen kleineren Verbänden akut wurde. Wir Bildhauer haben nun zwei Etappen im Anschluß an größere Verbände durchgemacht. Die Holzbildhauer zum Holzarbeiterverband, die Steinbildhauer zum Holzarbeiter- und Steinarbeiterverband, teils mit günstigem, teils mit ungenügendem Erfolg. Ich will versuchen, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen durch 40jährige Erfahrungen meiner Verbandszugehörigkeit und Tätigkeit. Die Holzbildhauer haben durch ihren Anschluß an den Holzarbeiterverband sehr gute Erfolge erzielt, sind großzügiger in allen Fragen geworden, teils infolge einer jahrelangen guten Konjunktur, anderseits durch straffere Organisation, während bei den Steinbildhauern und Modelleuren infolge immer größerer Arbeitslosigkeit Mut und Tatkraft abhanden kam. Doch wird das hoffentlich auch besser werden, da wir einer besseren Bautätigkeit und damit hoffentlich besseren Zeiten für die Steinbildhauer entgegengehen. Wenn man zum Beispiel bedenkt, daß von 60 arbeitsfähigen Steinbildhauern in Leipzig höchstens noch 10 in beruflicher Aktion sind, diese auch sehr oft arbeitslos sind, kann man verstehen, wenn nicht alles so ist, wie es sein soll. Doch waren die Steinbildhauer früher immer sehr rührig und aktiv in allen Fragen, gewerkschaftlich und politisch; auch heute haben einzelne trotz alledem Aemter und Mitberatungsrecht in unserm Steinarbeiterverbande, und ich hoffe, daß es damit wieder lebhafter wird; nur muß die jüngere Generation schärfer zur Mitarbeit herangezogen werden. Es ist oft sehr beschämend, mit welcher Teilnahmslosigkeit die jüngeren Bildhauer, unser Nachwuchs, dem Verbande und dem Vereinsleben gegenüberstehen. Statt die älteren Kollegen mit neuer Kraft zu unterstützen, halten sie sich von allen Funktionen und Verbandsarbeiten fern, lassen sich die Löhne herausholen, kaum, daß sie die Beiträge für den Verband erledigen. Doch das wird anders werden, wenn die Arbeitsgelegenheit eine bessere wird und, wie am Dresdner Zwinger, wieder mehr Bildhauer tätig sind. Eine betrübende Tatsache ist leider zu verzeichnen, nämlich, daß in Dresden der Klassenlohn wieder eingerissen ist, und zwar Stundenlohn. Wo sind unsre Errungenschaften, wie Einheitslohn, Tagelohn, Wochenlohn, die wir nach dem unseligen Kriege sehr schwer erkämpft haben, geblieben? Trotz aller Ermahnungen sind alle Abmachungen ins Wasser gefallen. Das muß wieder anders werden. Der Klassen-Stundenlohn ist schlimmer als Akkord und von uns jahrelang bekämpft worden. Wenn der Einheitslohn, welcher bei den Steinarbeitern, Maurern usw. mit Recht krampfhaft verteidigt wird, bei uns Bildhauern nicht zu halten ist, was ich leider als Einführer und Verteidiger des Einheitslohnes einsehen muß, muß wenigstens versucht werden, nur zwei Stufen des Klassenlohnes einzuführen: für sogenannte starke Arbeiter und schwächere, und nicht wieder, wie vor dem Kriege, sich durch Klassenlöhne gegenseitig abzuhaltern auf Kosten der guten Arbeit. Wir älteren Kollegen haben es durchgemacht, zu welchen Reibereien und Zänkereien es geführt hat, uns zeitig alt und krank gemacht hat; es sind genug Kollegen durch das sogenannte „Wühlen" von uns gegangen. Vor allen Dingen muß wieder eine straffere Organisation und die Beteiligung an der Statistik eintreten; letztere ist ganz in Vergessenheit geraten. Jeder macht seins, was leider nicht wieder zu der Höhe führt, wo wir einst standen. Das kann nur erreicht werden, wenn in den größeren Städten, wie Dresden, Berlin, Leipzig usw., wo die Bildhauerarbeit wieder im Aufblühen ist, die Kollegen sich aufraffen, jeden Egoismus beiseite lassen und alle wieder mitarbeiten an und in unsrer Organisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter, der die Lohnarbeiter in allen Zweigen und Gruppen der Steinindustrie erfaßt.

Paul Sondershausen, Bildhauer.

*

Gau 9 (Frankfurt a. M.) Die fortgesetzt sich steigernden Unfälle in den Steinbrüchen der Pflasterstein- und Schotterindustrie veranlassen uns, die Gewerbeaufsicht und auch die Steinbruchsberufsgenossenschaft ernstlich zu ersuchen, diesen Steinbrüchen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden bzw. des öfteren diese zu besuchen und nachzusehen, ob auch die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung usw. eingehalten werden. Es ist geradezu ein Jammer, wie unsre Kollegen ihre Knochen und ihr Leben zu Markte tragen müssen. Gerade erhalten wir wiederum Nachricht, daß im Nahetal (Kirn und Umgebung) wiederum zwei Kollegen ihr Leben lassen mußten und zwei schwer verletzt wurden, so daß auch sie zeitlebens als Krüppel herumlaufen müssen. Bei den Kirner Hartsteinwerken wurde ein Kollege, der zwischen zwei Eisenbahnwagen kam, totgedrückt, und im Steinbruch der gleichen Firma am Lemberg sind durch zusammenbrechende Steinmassen drei Kollegen verunglückt, wovon, wie oben erwähnt, der eine tot und die beiden andern schwer verletzt sind. Wodurch diese Unfälle vorgekommen sind, wird wohl die Untersuchung ergeben. Es darf aber jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß nach unsrer Auffassung nur die Akkordarbeit an diesen Unfällen die Schuld tragen kann, weil der Arbeiter infolge der geringen Löhne die einfachsten Vorschriften außer acht läßt, um etwas zu verdienen. Sind doch besonders infolge mangelhaften Interesses der Kollegen an den Bestrebungen ihrer Organisation die Löhne dort mit die niedrigsten noch in ganz Deutschland, und leider suchen die Facharbeiter über die tarifliche Arbeitszeit von acht Stunden hinaus durch freiwilliges Längerarbeiten am Tage bis 14 Stunden (?) ihren Verdienst zu erhöhen. Uns ist unbegreiflich, daß die Gewerbeaufsicht, welche die Arbeitszeit in den Betrieben doch ebenfalls mit zu überwachen hat, noch nicht darauf gekommen ist, daß diese so ungeheuerlich überschritten wird. Wir verlangen ein unbedingtes Eingreifen der behördlichen Instanzen! In andern Bezirken sieht es nicht viel besser aus. Es fehlen die Unterkunftsräume, es fehlt das Verbandszeug, die Kollegen arbeiten auch in Oberhessen zum Teil von Tag bis Nacht, obwohl sie im Verdienst nicht so schlecht gestellt sind. Die Munition zum Sprengen liegt auch im Raum, wo das Werkzeug abgestellt wird und was der Mißstände noch mehr sind. Wir bitten auch hier die Gewerbeaufsicht Gießen, nach dem rechten zu sehen und die Betriebe einer erneuten Kontrolle zu unterziehen, da auch hier in der letzten Zeit durch Sprengen und durch Arbeiten unter dem Felsen schwere Unfälle vorgekommen sind. Den Kollegen aber raten wir dringend, schließt euch dort, wo es bis jetzt noch nicht wieder geschehen ist, eurem Verband an, der euch auch vor solchen Gefahren zu schützen bemüht, haltet die tarifliche Arbeitszeit ein und gebt nicht den Arbeitgebern gegen den Verband ein Argument in die Hand. Nur durch den restlosen Zusammenschluß im Verband ist es möglich, für euch menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Kamenz. Die am 18. Juli 1925 tagende Monatsversammlung stand, wie die vorhergehenden Versammlungen, unter dem Einfluß der noch nicht erledigten Lohn- resp. Tarifverhandlungen. Ehe zu diesem Punkt übergegangen wurde, gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Einnahme und Ausgabe für die Zentrale 3913.25 Mk. Für die Lokalkasse: Einnahme 2201.12 Mk., Ausgabe 1512.95 Mk., Bestand 688.67 Mk. Mitgliederbestand 793. Betreffs Tarifverhandlungen führte der Vorsitzende aus, daß, wie in der Versammlung am 2. Juli 1925 beantragt, hintereinander Verhandlungen im Brecher- wie im Werksteintarif stattgefunden haben. In der ganzen Verhandlungsperiode seit Mai erzielten die Kollegen des Brechertarifes eine Erhöhung um 20 Prozent, die Kollegen im Werksteintarif eine solche um 30 Prozent. Der Werksteintarif wurde in Reichsmark umgestellt. Nunmehr betragen die Preise für Bauarbeiten 90 Prozent, für Bordkanten 100 Prozent. Die Annahme letztgenannten Tarifs durch die Steinmetzen steht noch aus. Die Kamenzer Zahlstelle stimmte mit knapp zwei Drittel Mehrheit für Annahme. Da infolge Ausbleibens des Stimmresultates einiger Zahlstellen und durch Hinzutreten einiger Differenzen ein klares Bild nicht zu gewinnen war, macht sich eine Urabstimmung notwendig. Wird der Tarif angenommen, so tritt er ab 13. Juli in Kraft. Im weiteren Verlauf der Versammlung wenden sich die Kollegen Schmidt und Hempel gegen die zurückgebliebenen Stundenlöhne. Kollege Schmidt macht weiter den Vorschlag, den Vorstand zu beauftragen, den Arbeiterrechtsgedanken und dessen weitere und bessere Ausbildung künftig besser zu verfolgen. Zufolge eines Antrages des Kollegen Schmidt sollen weitere Schritte in bezug auf Anstellung eines Bezirksangestellten unternommen werden. Eine Konferenz der in Frage kommenden Zahlstellen steht in Aussicht. Wenn man unsere Versammlungen und den Geist, von dem diese getragen werden, einmal unter die Lupe nimmt, so ergibt sich oft ein recht trübes Bild. Vielfach kommen Kollegen in einer Verfassung an, die nicht auf alkoholfreie Getränke hinweist. Diese Kollegen wirken recht störend auf die Versammlungen. So wurde eine am 2. Juli abgehaltene Versammlung zu einer Tumultanten-Zusammenkunft. Wie schwer es ist, eine solche Versammlung zu leiten, weiß am besten der Vorsitzende; aber auch die übrigen Kollegen werden durch ein solches Gebaren beeinträchtigt und gerechtfertigte Entrüstung macht sich solchen störenden Kollegen gegenüber Platz. Möchten sie sich doch darüber klar sein, daß solche Vorkommnisse unser Ansehen und unsere Autorität schwer schädigen. Wie will man einen Mann ernst nehmen, der sich über seine Gedanken und Worte selbst nicht klar ist. Es wäre für die betreffenden Kollegen sehr wünschenswert und der Allgemeinheit nur zum Nutzen, wenn solche Vorkommnisse vermieden werden.

Weimar-Ehringsdorf. Die am 28. Juli tagende Versammlung der beiden Zahlstellen Weimar und Ehringsdorf hat nunmehr die Verschmelzung der beiden Zahlstellen beschlossen. Ein langersehnter Wunsch ging damit in Erfüllung. Möge die Verschmelzung reiche Früchte tragen zum Wohl der Kollegen der beiden Zahlstellen sowie unserer gesamten Organisation. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Karl Thiel, Weimar, Schröterstraße 55, I., einstimmig wiedergewählt. Als Sektionsleiter der Steinmetzen Kollege Karl Kämpfe, Ehringsdorf, als Sektionsleiter der Steinsetzer Kollege Kreßler, Weimar, Buttelstedter Straße 92, als 1. Kassierer Kollege Karl Stange, Ehringsdorf. Kollege Thiel dankte für das Vertrauen und ermahnte die Kollegen, nunmehr eifrig zu agitieren, besonders unter den Steinbrechern, damit auch der letzte abseitsstehende Steinarbeiter unserer Organisation zugeführt wird. Mit dem Mahnruf: „Vereinzelt seid ihr nichts; vereinigt — alles!" schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

Vom Straßenbau. Die Studiengesellschaft für Automobil-Straßenbau hielt am 20. Juni in München ihre Mitgliederversammlung ab. Zu dem Tagungsergebnis sagt die Redaktion „Die Stein-Industrie" unter anderem:

„An dieser Stelle muß unserer Auffassung nach ernsthaft der Studiengesellschaft gesagt werden, daß diese Art der Werbetätigkeit für einen bestimmten neuen Straßenbaustoff von den Erzeugern anderer Straßenbaustoffe nicht gebilligt werden kann, und daß das Ansehen der Studiengesellschaft in weiten Kreisen der Straßenbauinteressenten stark gelitten hat. Wenn noch etwas gut gemacht werden soll, so muß endlich einmal objektiv gearbeitet werden. Wir fürchten nur, daß dies niemals der Fall sein kann."

Sobald uns nähere Unterlagen von der Tagung vorliegen, kommen wir darauf noch zu sprechen. Es scheint sich also doch zu bewahrheiten, was wir seinerzeit bei Gründung der Studiengesellschaft in unserer Zeitung zum Ausdruck brachten und auf die Formel konzentrierten: Zementbund — Zementkapital! Dahinter steht nun zweifellos eine organisierte Werbekraft, die sich in der Tagespresse austummelt. In den verschiedensten Tageszeitungen des deutschen Reiches erscheinen in gewissen Abständen Artikel, die, um die Sachverständigkeit zu erhärten, von irgend einem Ingenieur, Dipl.-Ingenieur oder sonstwelchen Standestitel-Trägern unterzeichnet sind. Alle diese Artikel singen ein Loblied auf den Betonstraßenbau, von dem die Erfahrungen des Auslandes im allgemeinen nichts Günstiges berichten. Wir glauben bestimmt, daß alle diese Werbeartikel eine anregende Stelle haben. Im weiteren sind wir überzeugt, daß keine noch so geartete Reklame mit hochtrabenden Titeln geschmückt, etwa den Steinstraßenbau in den Hintergrund drückt. Aber seine Verfechter haben sich auch zu rühren und es wäre nach unserer Auffassung nur ein Gegengewicht, wenn die Steinindustriellen und die Steinsetz- oder Pflasterermeister sich gemeinschaftlich eine Art Nachrichtenstelle einrichten würden, um so auch ihrerseits verteidigen und großzügig propagieren zu können, was sich im Steinstraßenbau durchaus bewährt hat. Wir glauben auch behaupten zu können, daß fast alle städtischen und ländlichen wirklichen Straßenbau-Sachverständigen dann mehr aus ihrer Reserve heraustreten.

Aus der Steinindustrie. In Heft 16 „Die Stein-Industrie" vom 30. Juli bespricht „G. Z." das neue Statut unseres Verbandes. Dabei macht er unter anderem eine funkelnagelneue Ent-

deckung, die wir auch unseren Verbandsmitgliedern nicht vorenthalten möchten. G. Z. schreibt in bezug auf den Beitrag:

„Der wöchentliche Beitrag zur Hauptkasse beträgt für Zeitlohnarbeiter ein Stundenlohn und für Akkordarbeiter ein Durchschnittsstundenlohn. Es ist bezeichnend, daß die Beiträge nach der Höhe des Stundenlohnes eingehoben werden, denn dadurch hat der Zntralverband für sich selber ein Interesse daran, die Stundenlöhne möglichst hoch zu schrauben, was bei Lohnverhandlungen mit berücksichtigt werden muß. Die Möglichkeit besteht, daß die Stundenlöhne arbeiterseits übermäßig hoch geschraubt werden, weniger aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, sondern damit die Beiträge für die Gewerkschaft hoch ausfallen."

Dieses Argument hat bisher wohl kein Verbandsfunktionär von uns gebraucht, es blieb dem Scharfsinn eines Unternehmers vorbehalten, diese „wichtige und richtige" Entdeckung zu machen. Aber verraten dürfen wir wohl, daß alle unsere Funktionäre von unten bis oben so eingestellt sind, daß sie trotz aller Begeisterung und Ueberzeugung für den Verband beim Eintreten für höhere Löhne in erster Linie nur an ihre wirtschaftliche Lage denken. Es wären ja auch merkwürdige Menschenkinder, wenn es umgekehrt wäre.

An einer anderen Stelle über Streiks schreibt G. Z.:

„. . . Als Abwehrstreiks sind solche Aufstände (Soll wohl Ausstände heißen? Redakt. Steinarb.) anzusehen, die von den Arbeitgebern provoziert sind. Es dürfte dem Zentralverband schwer sein festzustellen, ob ein Streik von den Unternehmern „provoziert" ist. Wahrscheinlich gilt als „Provokation" schon, wenn sich ein Unternehmer weigert, die von der Arbeiterschaft geforderten hohen Löhne ohne weiteres zu bezahlen."

Vielleicht haben wir in der Zukunft Gelegenheit, Herrn G. Z., zu beweisen, was „provoziert" in diesem Fall bedeutet. In der verflossenen Periode dürfte er beim Nachprüfen der Vorgänge in seinem Bezirk schon auf die richtige Fährte kommen. Provoziert ist nach unserer Auffassung auch ein Kampf, wenn man bei Verhandlungen sich recht zugeknöpft verhält, weil man der Ansicht ist: „Einen ernstlichen Kampf riskieren die Arbeiter ja doch nicht!"

Am Schlusse der Besprechung sagt Herr G. Z.:

„Man sieht, daß, alles in allem genommen, der Zentralverband versucht, seinen Mitgliedern für die Beiträge auch etwas zu bieten . . ."

Na, damit wird wenigstens „versucht", der Sache gerecht zu werden; mehr können wir nicht verlangen.

Ein Barmat-Nest in Sachsen. Unter dieser Ueberschrift brachte der kommunistische „Kämpfer" in Chemnitz in seiner Nr. 46 vom 24. Februar 1925 einen groß aufgemachten Artikel, durch den eine angebliche Verbindung der Serpentin-Aktien-Gesellschaft in Zöblitz mit dem Barmat-Konzern „enthüllt" wurde. Und weiter wurde darin behauptet, daß der sächsische Innenminister Max Müller mit dem Direktor Fleischmann der genannten Gesellschaft in Verbindung stehe, also mit der ganzen Sache „verquickt" sei. Anknüpfend an die Tatsache, daß der Minister das Serpentinsteinwerk im Herbste einmal besichtigt hat, stellt der Verfasser des Artikels die Fragen auf: „Was macht Max Müller in der Serpentinfabrik? Hat er die Gelder für die Serpentinfabrik von Barmat oder Michael vermittelt?" Schließlich wird in Fettdruck die sofortige Verhaftung des Fabrikdirektors Fleischmann, des sozialdemokratischen Bezirksleiters Schönherr und des sächsischen Innenministers Müller gefordert.

Der Innenminister fühlte sich durch den Inhalt des Artikels beleidigt und die Folge war, daß der Redakteur Philipp Günther, der für die betreffende Nummer des Kämpfers verantwortlich zeichnete, einen auf drei Monate Gefängnis lautenden Strafbefehl erhielt. Dagegen erhob Günther Einspruch und dadurch kam nun die Sache zur Verhandlung vor das Schöffengericht Chemnitz. Auf Grund der eidlichen Aussage des Ministers Max Müller wurde festgestellt, daß die Verdächtigungen, die in dem Artikel enthalten sind, aus der Luft gegriffen waren. Der Minister hat wohl das Serpentinsteinwerk aus wirtschaftlichen Gründen einmal besichtigt, er hat auch den Direktor Fleischmann einmal als Sachverständigen ins Ministerium berufen, aber sonst haben keinerlei Beziehungen zu der Aktiengesellschaft und seinem Direktor bestanden. Von „Verquickung mit den Barmat-Schwindlern" konnte keine Rede sein. Der Angeklagte Günther wurde wegen öffentlicher verleumderischer Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Wir haben damals die Anschuldigung zurückgelegt, weil eine gewisse Presse einen direkten Barmatfimmel hatte, den sie heute, trotz der neuen Enthüllungen über diese Mache noch nicht abgestreift hat. Nunmehr hat auch dieser Zöblitzer Klatsch sein verdientes Ende gefunden.

Italiens Marmorexport. Die italienische Fachzeitschrift „Il Marmo" enthält interessante Daten über die italienische Marmorindustrie. Eine Statistik stellt fest, daß aus Italien folgende Mengen ausgeführt wurden:

Im Jahre 1913	245 660	Tonnen
Im Jahre 1919	138 390	Tonnen
Im Jahre 1920	167 262	Tonnen
Im Jahre 1921	124 582	Tonnen
Im Jahre 1922	177 760	Tonnen
Im Jahre 1923	194 786	Tonnen
Im Jahre 1924	193 194	Tonnen

Ferner wird konstatiert, daß man die größte Ausfuhr im Jahre 1914 zu erreichen glaubte, weil diese in den ersten Monaten des Jahres 1914 zirka 110 000 Tonnen betrug. In einem weiteren Artikel stellt die Zeitschrift fest, daß der Krieg äußerst schädlich die italienische Marmorindustrie beeinflußte, weil während des Krieges einige Länder und besonders die feindlichen Länder ihren Steinbedarf mit einheimischen Steinsorten zu decken trachteten. Die auf diesem Gebiete ausgeübte intensive Arbeit ist unter andern auch jenem Umstande zuzuschreiben, daß z. B. Deutschland, welches vor dem Kriege jährlich 20 000 m³ Marmor aus Italien eingeführt, nach dem Kriege, die Jahre 1919/20 zur Grundlage genommen, durchschnittlich nur 7000 m³ derselben Ware einführte.

Der Artikel befaßt sich eingehend mit der deutschen Marmorindustrie und bemerkt zum Schlusse, daß diese sich derart entwickelt hat, daß sie infolge moderner Einrichtungen ihrer Steinbrüche auch nach Italien konkurrenzfähige Ware zu liefern vermag. Der Artikel ist in bezug auf die italienische Marmorausfuhr nach Deutschland recht pessimistisch und meint, daß der deutsche Patriotismus und seine organisierende Kraft die Einführung von Marmor- bezw. Naturstein in kurzer Zeit vollkommen ausschalten wird. Der Artikel lenkt ferner die Aufmerksamkeit der italienischen Marmorbruchbesitzer auch auf den Umstand, daß ähnliche Umgestaltungen in den übrigen Ländern ebenfalls erfolgen können, was von einem katastrophalen Einflusse auf die italienische Marmorindustrie sein kann, und ratet, die Marmorindustrie zu modernisieren und fortbilden zu trachten, damit deren Friedensniveau wieder erreicht wird.

Von der Steinbruchsarbeit. Am 1. August verunglückte der Verlader Fritz Wiesner im Betriebe der Vereinigten Schlesischen Granitwerke A.-G., Breslau, im Steinbruch zu Gorkau. W. wollte eine Lore anbremsen, diese kippte dabei um und die Lore begrub ihn mit voller Ladung. Kollege Wiesner ist am 2. August an den Verletzungen gestorben; erst 33 Jahre alt. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. W. war ein langjähriges Mitglied unseres Verbandes. Wen an diesem Unglück die Schuld trifft, wird die Untersuchung ergeben.

Gewerkschaftliches. In letzter Stunde vor der endgültigen Erledigung der Zollvorlage haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring (Hirsch-Duncker), der AfA-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (die Christlichen Gewerkschaften **nicht**), die schweren wirtschaftlichen Bedenken gegen die Zollpolitik des Rechtsblocks noch einmal in einer Eingabe an den Reichskanzler zusammengefaßt. In wohlbegründeten, ernsten Darlegungen wird auf die Wirkung auf Wirtschaft und Volk hingewiesen und zum Schlusse der Vorschlag gemacht, die zur Zeit bestehende Zollfreiheit für Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nach Ablauf dieser Frist wäre die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu ermitteln und erst auf dieser Grundlage zur Frage der Agrarzölle endgültig Stellung zu nehmen. — 10 Millionen organisierte Arbeiter erheben damit durch ihre Spitzenorganisationen in letzter Stunde nochmals eine ernste Warnung. Wir glauben jedoch nicht, daß die Mehrheit des Reichstages und mit ihr die Regierung von dem geplanten Raubzug ablassen werden. Am Wochenende werden wir sehen, daß die Zollpläne durch die politischen Machtverhältnisse verwirklicht worden sind. Die Vertreter von Ar und Halm und Schlot lassen die gegenwärtige Machtposition — die ihnen die Wähler besorgt — nicht unausgenutzt. Für die Gewerkschaften ist das der Auftakt zu neuen Kämpfen für höheren Lohn.

Im Baugewerbe hatte sich die Aussperrungshitze der Scharfmacher am Anfang dieser Woche noch nicht abgekühlt. Baugewerksbund und Zimmererverband haben bereits in Vorsorge des evtl. noch kommenden beachtliche Extrabeiträge für die arbeitenden Mitglieder ausgeschrieben, um den Absichten der Baugewaltigen begegnen zu können. Diese planen, aufgestachelt von der Industrie, eine Gesamtaussperrung der Bauarbeiter; sie übersehen scheints bei dseier wirtschaftlich unverantwortlichen Kampfspielerei, daß dann die gesamte deutsche Arbeiterschaft den Bauarbeiterkampf zu dem ihren macht. Wollen die Scharfmacher diesen Kampf, dann können sie ihn haben. Vorläufig sind beteiligt: 56 000 Mitglieder des Baugewerksbundes und 18 000 Zimmerer.

Die Widerstandskraft der Unternehmer bei Arbeitseinstellung. Die Widerstandskraft der Unternehmer bei Arbeitseinstellung hat sich nach der Währungsstabilisierung zweifellos gehoben. Der gegenwärtige Kampf im Baugewerbe gibt davon einen Beweis. Dieser Kampf ist wohl als eine Reaktion auf den rasch beigelegten Konflikt in der Holzindustrie zu betrachten. Sehr zum Leidwesen aller Scharfmacher hatten die Unternehmer der Holzindustrie rasch nachgegeben. Diese Schlappe soll wahrscheinlich durch ein um so längeres Aushalten im Bauarbeiterkampf wettgemacht werden. Auf der Generalversammlung des Industrieschutzverbandes, die am 20. Juni in Bad Kösen stattfand, begrüßte der Geschäftsführer dieses Verbandes die längere Streikdauer, weil dies ein günstiges Zeichen zur Beurteilung des Wirtschaftslebens sei. Nach einer Statistik dieser Organisation betrug die durchschnittliche Streikdauer in dem Jahre: 1919 14 Tage, 1920 18 Tage, 1921 20 Tage, 1922 13 Tage, 1923 12 Tage, 1924 32 Tage.

Wenn es jemals bezahlte Agitatoren gegeben hat, die aus egoistischen Gründen eine Bevölkerungsgruppe gegen die andre aufhetzen, dann sind sie in der Streikversicherungsorganisationen zu finden, denn diese Leute wollen für ihre hohen Gehälter etwas tun. In Ermangelung einer besseren Tätigkeit putschen sie die Unternehmer auf. Denn wenn jemand in langen Streiks ein günstiges Omen der Wirtschaft sieht, dann ist die Bezeichnung „bezahlter Agitator" sehr milde zu nennen. Nicht auf Arbeiterseite befinden sich die Hetzer, wie man dies so hinzustellen pflegt, sondern auf der Gegenseite.

Mensch oder Werkzeug? (Zielsetzungen der Arbeitswissenschaft in den verschiedenen Ländern.) Die Arbeitswissenschaft, die in den Laboratorien der Wissenschafter vorbereitet und im Fabrikbetrieb verwertet wird, kann verschiedene Zwecke verfolgen, je nachdem, ob sie auf den Menschen oder nur auf den Betrieb gerichtet ist. Unter diesem Gesichtspunkt untersucht J. Wötte in der Zeitschrift „Betriebswissenschaftliche Rundschau" den Fortschritt der Arbeitswissenschaft in den verschiedenen Ländern. In den Vereinigten Staaten wird in den Mittelpunkt der Forschungen nicht der Mensch, sondern die wissenschaftliche Betriebsleitung, Stoff und Werkzeug, gestellt. (Taylorismus.) Der Mensch wird nur dort berücksichtigt, wo seine physische Arbeitskraft in den Produktionsprozeß einbezogen ist. Die Einstellung zum Problem der Arbeitswissenschaft ist eine ausdrücklich materielle. Die Steigerung der Arbeitsintensität geht fast immer auf Kosten der Arbeitenden, man kann wohl behaupten, daß der amerikanische Arbeiter seine Kräfte im Alter von 40 Jahren verbraucht hat. Das amerikanische Taylor-System versucht zwar auch Ueberanstrengungsmessungen vorzunehmen, die aber unbrauchbar sind. Es gibt bis heute kein einwandfreies Verfahren, die Ueberanstrengung festzustellen. Allerdings gibt es in der letzten Zeit auch in Amerika Arbeitswissenschafter, welche, wie Münsterberg, Newman usw., den Faktor Mensch in den Vordergrund stellen und gegen den Raubbau der menschlichen Arbeitskraft kämpfen. Aehnliche Wege wurden in Deutschland eingeschlagen. Auch hier erfolgte zunächst nur die Rationalisierung des Werkzeuges und des Stoffes; der Normenausschuß der deutschen Industrie, der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung hat nur technische Normen in bezug auf Werkzeuge und Arbeitsmethoden aufgestellt. Zeitstudien und Selbstkostenrechnungen wurden zu diesem Zweck vorgenommen. Erst in der letzten Zeit sind auch andere Bestrebungen, welche den arbeitenden Menschen zum Gegenstand des Studiums machen, vorhanden. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie beschäftigt sich mit diesen Problemen. Das Rythmusproblem und andere Fragen in bezug auf Ermüdung usw. werden in den arbeitswissenschaftlichen Instituten in Dresden und Leipzig bearbeitet. In England war die Entwicklung der Arbeitswissenschaft eine andere; dem Faktor Mensch wurde hier stets eine besondere Stellung eingeräumt. Die Ermüdungsgrenze, die Fragen der Ruhepausen, des Arbeitsrhythmus wurden untersucht, die Untersuchung über Stoff und Werkzeug rückte an die zweite Stelle. In Frankreich begann die Entwicklung meist mit der Einführung von Taylorismus auf der Grundlage der amerikanischen Auffassungen — das französische System der Arbeitswissenschaft von Fayol bewegt sich in dieser Richtung —, später wurde aber die physiologische Seite der Arbeit in den Vordergrund gestellt und diese Art der Arbeitswissenschaft hat in Frankreich heute bereits das Uebergewicht. Ueber den Stand der russischen Arbeitswissenschaft unterrichtet ein von Dr. Franziska Baumgarten kürzlich veröffentlichtes Buch (Arbeitswissenschaft und Psychotechnik in Rußland). In Rußland gibt es zwei Hauptrichtungen. Die eine wird vom Leiter des Zentralarbeitsinstituts in Moskau, Gastew, vertreten. Gastews Ansichten entsprechen denen von Taylor. „Wenn Taylor nicht geboren wäre, so müßte er erfunden werden!" — ist Gastews Standpunkt. Höchste Trainierung, Mechanisierung, ja Militarisierung der Menschheit schweben ihm vor. Das ganze Leben soll mechanisiert werden. Er führt sämtliche Arbeitsbewegungen auf Schlag und Druck zurück und erforscht sie. Das Lehrlingswesen soll abgeschafft werden, nur Anlernen (Art, Güte, Tempo der Arbeit) ist zur Erwerbung der notwendigsten Kenntnisse nötig. Die entgegengesetzte Auffassung der russischen Arbeitswissenschaft wird von Professor Ermanski (Moskau), vertreten. Gegen die erste Richtung wird der Vorwurf einer noch nie dagewesenen physischen Ausbeutung der Arbeitskraft erhoben; die Steigerung der Arbeitsintensität erfolgt auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. Diese zweite Richtung der Arbeitswissenschaft macht die Untersuchung des Menschen und des natürlichen Rhythmus seiner Arbeit zu ihrer Hauptaufgabe.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Betrifft Streikunterstützung. Die auf dem Weimarer Verbandstage erfolgte Gleichstellung der zum Haushalt gehörigen Unterhaltspflichtigen mit den Kindern der Streikenden hat zu Irrtümern geführt. Um solche künftig zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß die Frauen der streikenden Kollegen nicht mit dem Kinderzuschuß bedacht werden. Unter „zum Haushalt gehörigen Unterhaltspflichtigen" sind zu verstehen: Pflegekinder, Großeltern usw., Kinder ohne eigenen Verdienst bis zu 17 Jahren (Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche) usw. Die Streikunterstützung ist nicht nur für den streikenden Kollegen gedacht, sondern auch für seine Frau und die ganze Familie. Die Kinderunterstützung stellt nur einen Zuschuß dar für mehrköpfige Familien und zum Haushalt gehörige unterhaltspflichtige Personen.

*

Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß bei **allen** Anträgen und Gesuchen an den Verbandsvorstand (Rechtsschutz, Maßregelung, Notfall, Unterstützung im Sterbefall usw.) in jedem Fall das Mitgliedsbuch des Betreffenden, für den der Antrag gestellt wird, beizufügen ist. Das Mitgliedsbuch muß selbstredend vollkommen in Ordnung sein, wozu unbedingt die früheren Extrasteuern (Kampffondsmarken, Achtstundentagmarke) gehören.

Wird der vorstehende Hinweis nicht beachtet, tritt unliebsame Verzögerung in der Erledigung ein; dem Verbandsvorstand kann dann kein Vorwurf gemacht werden.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Berlin. Das Ortsbüro ist vom Donnerstag, dem 13. August, an jeden folgenden Donnerstag geschlossen.

Diese Maßnahme ist notwendig, damit die sich anhäufenden schriftlichen Arbeiten erledigt werden können.

Achtung! Wir ersuchen unsere Verwaltungsstellen, denen der jetzige Aufenthalt unseres Mitgliedes Andreas Fuß, im Dezember 1924 in Bremen, dann in Berlin, seit Ende Mai 1925 aus Berlin fort, bekannt ist, die Adresse dem Arbeitersekretär Gustav Link, Berlin, Engelufer 24/25, mitteilen zu wollen.

Aufforderung: Die Redaktion bittet um Angabe der Adresse des Steinmetzen Hermann Klink, geb. 23. 6. 1884 zu Prenzlau, Buch Nr. 26 652, eingetr. 5. 2. 1912. Zahlstellenverwaltungen oder einzelne Mitglieder, die um dessen Aufenthalt wissen, mögen sofort Nachricht geben. Klink selber braucht nicht auf Vorstehendes aufmerksam gemacht werden.

Leipzig (Steinsetzer). Der Steinsetzer Richard Teichmann aus Leipzig wird hiermit aufgefordert, seine Verbandsbeiträge bei der Ortsleitung zu regeln.

Kirschhausen. Der Kollege Franz Ulrich, geb. 6. 5. 1905 in Kirschhausen, reiste ab ohne seine Mitgliedskarte zu ordnen. Im nahen Heppenheim hat er schon zweimal auf diese Art sich der Organisationspflicht entzogen; wo er hinkommt, läßt er sich erneut aufnehmen; also Warnung vor diesen Durchläufer und Beitragsdrückeberger.

Bremen. Wir machen die reisenden „Steinmetzen" und „Bildhauer" darauf aufmerksam, daß in Bremen großer Arbeitsmangel in der Werksteingruppe herrscht. Die Arbeit wird größtenteils fertig aus den Steinbrüchen von Obernkirchen bezogen; der Grund dafür ist: in Bremen Lohn, im Bruch Akkord.

Die Firma H. Berger hat ihre sämtlichen Steinmetzen und Bildhauer entlassen bzw. teilweise für kurze Zeit an eine andere Firma (F. Jäckel) abgegeben. Auch da stehen in absehbarer Zeit Entlassungen bevor. — Auch die Firma Schmidt und Schäfer hat bereits zwei Bildhauer und mehrere Hilfsarbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen.

Die auf Arbeit reflektierenden Steinmetzen und Bildhauer meiden deshalb am besten Bremen. Reisende Kollegen der Sandsteingruppe erhalten ohne Anmeldung beim Vorsitzenden keine Unterstützung.

Adressenänderungen.

2. Gau: **Spremberg.** Vors.: Linus Apelt, Jessen b. Spremberg, N.-L., b. Frau Winninger. Kass.: Paul Gutsche, Kochdorferweg 4. — **Frankenstein.** Vors.: Bruno Bartsch, Siemnastr. 11. — **Gorkau.** Vors.: Karl Schneider. — Zahlstelle **Ober-Peilau:** Heinrich Herzog, Gnadenfrei, kleine Seite Nr. 49.

4. Gau: **Barby.** Vors.: Albert Behrendt, Breitetor 4.

5. Gau: **Gelsenkirchen.** Kass.: Ernst Krüger, Rotthausen, Kr. Essen, Cäcilienstr. 31. — **Kupferdreh.** Vors. u. Kass.: Karl Hettgen in Werden b. Kupferdreh, Lindenbecherstraße 2a. — **Uckerath,** Siegkr. Vors.: Paul Gewildat, Sommershof b. Uckerath. Kass.: Albert Gödtner, Dahlhausen b. Uckerath, Siegkr.

6. Gau: **Kürnbach.** Vors.: Heinr. Krimmel, Kronenstr. Kass.: Wilh. Alldinger.

8. Gau: **Bischofsheim.** Vors.: Fritz Kessler in Haselbach, Post Bischofsheim v. d. Rhön. Kass.: Fritz Hofmann.

9. Gau: **Ruphach.** Kass.: Heinr. Faust, Klingelbach, Post Katzenelnbogen. — **Sprendlingen.** Kass.: Heinr. Jantz, Gaulsheim, Mainzerstr. 51.

Briefkasten.

Hasl. Schm. Für die Sammlung den Stein erhalten. Dank.

Langensalza. Gut so, wurde etwas ausgefeilt. Wird wohl ansprechen!

Anzeigen

Die Stelle eines
Bruchmeisters
für unsern neu erworbenen Steinbruch in Gräben bei Striegau ist alsbald zu besetzen. In Frage kommen nur Personen, die über praktische Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die selbständige Leitung eines größeren Steinbruches sowie dessen Erschließung zu übernehmen. Geeignete Bewerber wollen Gesuche mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen umgehend an uns einreichen.
Der Magistrat Liegnitz.

Mehrere tücht. Handpolierer
auf kunstgewerbliche Arbeiten in dauernde Beschäftigung gesucht.
Marmorwarenfabrik Hans Goller, Nürnberg, Rieterstraße 51.

3—4 Steinsetzer
werden sofort nach Zella-Mehlis gesucht.
Carl Schnelle, Gotha
Hoch-, Tief- und Straßenbau.

Suche für sofort
20—25 Steinsetzer
mit Polier oder Vorarbeiter, für dauernde Beschäftigung. Stundenlohn 1.20.
Hüske, Bremen, Starnberger Str. 63.

Steinmetzen
für Vorsatzbeton scharieren gesucht.
Beuchelt & Co., Neubau Elbebrücke bei Hämerten.

Durchaus perfekte
Maschinenschleifer
auf sofort in Dauerstellung für Rundschleifmaschinen gesucht.
Gefl. Offerte erbeten an
Marmorwerk Heilmann & à Brassard Osnabrück.

Tüchtiger jüngerer Steinmetz
bewandert auf Muschelmarmor und Treuchtlinger, findet Dauerstellung bei
Steinindustrie Friesinger, Oberreitnau b. Lindau.

Pflasterhämmer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden

In **Neustettin** am 18. Juli der Pflastersteinmacher Theodor **Lettow,** 37 Jahre alt, Magen- und Darmkatarrh

In **Freiburg i. Br.** am 25 Juli der Steinmetz Nikolaus **Müller,** 52 Jahre alt. Lungenleiden.

In **Hasserode** am 25 Juli der Steinmetz Otto **Waskewitz,** 49 Jahre alt, Lungentuberkulose

In **Düsseldorf** am 30 Juli der Pflasterer August **Hageroth,** 37 Jahre alt, Gesichtstuberkulose.

In **Leipzig** II am 3. August der Steinsetzer Max **Thalheim,** 48 Jahre alt. Gehirnschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Zur Organisationsfrage.

(Wck.) Der gegenwärtige Organisationsstreit im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde ist fälschlicherweise auf die Formel „Berufs- oder Industrieverbände" gebracht worden. Das Unzutreffende dieser Bezeichnung geht schon aus dem Umstande hervor, daß in beiden Lagern beide Organisationsarten vorhanden sind. Auch die Bezeichnung „Betriebsorganisation" entspricht nur zum Teil den Bestrebungen der „Organisatoren", setzt sie doch ein einheitlich geschlossenes Unternehmen voraus, was zum Beispiel am Bau am allerwenigsten der Fall ist. Eigenartig ist es, daß, obwohl unsere Organisation als Industrieverband in überwiegendem Maße selbst als Betriebsorganisation gelten kann (da in unseren Betrieben von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nur Steinarbeiter beschäftigt werden) dennoch zum Zankapfel für einige andere Organisationen geworden ist. „Selbstverständlich nur zu unserm eigenen Besten." Denn wer wollte verkennen, daß die „Großen, Leistungsfähigen" den „Kleinen, Schwachen" in uneigennützigster Weise helfen wollten. So hieß es wenigstens am Anfang der Reform-Bewegung. Nachdem jedoch die „Hilfsbedürftigen" eingesehen haben, daß „groß" nicht immer mit „stark" und „klein" nicht immer mit „schwach" identisch ist, kommen allmählich die wahren Beweggründe zum Vorschein. Die Großen brauchen die Kleinen, sie sind die wahren Hilfsbedürftigen. Warum das nicht von Anfang an zugegeben wurde, läßt sich unschwer begreifen. Man glaubte zunächst durch Versprechungen (größere Leistungsfähigkeit des größeren Verbandes) das gesteckte Ziel zu erreichen, und als diese den gewünschten Erfolg nicht brachten, ging man „aus eigenem Recht" zu Zwangsmaßnahmen über. Wie den vereinigten Verbänden der Steinarbeiter und Steinsetzer mitgespielt wurde, ist noch in aller Erinnerung. Doch daß solche Mittel noch weniger geeignet sind, Sympathie für Zusammenschlüsse zu erzielen, das haben ja die betreffenden Abstimmungen ergeben.

Doch wir geben zu, daß den Großen geholfen werden muß. Es kann nicht angehen, daß eine kleine Gruppe im Betriebe ständig „die Hand an der Gurgel" desselben hat und ihn nach Belieben stillegen kann. Diese Unzuträglichkeit hat sich auch innerhalb der Steinindustrie schon ergeben, und zwar mit den Werkzeugschmieden. Letztere bilden nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtbelegschaft, und doch können sie im Falle der Arbeitsverweigerung den ganzen Betrieb lahmlegen. Durch Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Metallarbeiterverbande konnte das bisher vermieden werden und wir hoffen, daß das auch in Zukunft geschehen wird. Nach dem Vorschlage des Genossen Dißmann sollen solche Arbeiter (in diesem Falle die Werkzeugschmiede) zu dem betreffenden Industrieverbande gehören (in diesem Falle also zum Steinarbeiterverband). Dennoch streiten wir uns nicht um diese Berufsgruppe. Kommen sie freiwillig zu uns, so werden ihre Interessen von uns mit vertreten, im anderen Falle ist der Metallarbeiterverband zuständig. Die Hauptsache ist, daß eine Zusammenarbeit erfolgt, und diese ist gewährleistet durch eine Befolgung der „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben."

Nun ist ein neues Problem aufgetaucht: Die Zusammenlegung des Glas-, Porzellan- und Steinarbeiterverbandes zu einem Keramischen Verbande (Keramik = Töpferkunst). In entgegenkommender Weise wird der Baugewerksbund die nicht zum Bau gehörigen Töpfer an den Keramischen Verband abgeben und gleichzeitig, dem Plane Dißmanns entsprechend, drei Fliegen mit einer Klappe schlagend, die Angliederung dieses neuen Organisationsgebildes, als Unterabteilung des Baugewerksbundes betreiben. Doch das wäre nicht ausschlaggebend. Auch bei Betrachtung dieses Problems kommt einzig und allein das Wohl der Mitglieder in Frage. Ist durch den aufs neue aufgetauchten Verschmelzungsplan eine schnellere und wirksamere Verbesserung der Lage der Steinarbeiter möglich? Rein organisatorisch gesehen dürfte diese Frage nach den mehrjährigen Erörterungen anläßlich der Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund, zu verneinen sein. Bliebe die Frage der eventuellen beruflichen Zusammengehörigkeit übrig. Doch auch diese Frage hat ihre verneinende Beantwortung schon anläßlich der allgemeinen Organisationsdebatte gefunden. Die Steinindustrie steht mit der Töpferkunst (Keramik) in keinen verwandtschaftlichen Beziehungen. Die beiderseitigen Produktionsprozesse sind so grundverschieden, daß sie selbst dem Uneingeweihten klar sein müßten. Glas-, Porzellan- und Töpferprodukte werden in weichem bzw. flüssigem Zustande geformt und gebrannt, während Steine ihre Form durch behauen mit geeigneten Werkzeugen erhalten und gegebenenfalls auch noch geschliffen und poliert werden. In der Keramik vollzieht sich ein chemischer Prozeß, was die Glasarbeiter auch wohl veranlaßte, zunächst beim Fabrikarbeiterverbande Anschluß zu suchen. Nachdem dieser Plan fallen gelassen wurde und der Anschluß an den Baugewerksbund nicht zustande gekommen ist, wird wahrscheinlich eine Verschmelzung des Glas- mit dem Porzellanarbeiterverbande vor sich gehen. Die Vorsitzenden beider Verbände haben zunächst in unverbindlicher Weise zu erkennen gegeben, daß sie den Steinarbeiterverband als dritten im Bunde sehr gern sehen würden, während unserseits vorurteilsfreie Prüfung der Frage in Aussicht gestellt wurde. In der gegenwärtigen Situation scheint es jedoch das beste zu sein, die Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses abzuwarten, um dann eventuell erneut zu der Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen.

Zum Kehraus im Reichstage.

Es ist vollbracht: Regierung und Regierungsparteien haben wieder einmal die vielgerühmte „Deutsche Schicksals- und Notgemeinschaft" dahin ausgelegt, daß der Bruder Arbeiter die Hauptlast eines Krieges, den er nicht gewollt, und einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik, gegen die er von Anfang an protestierte, tragen soll. Brutal und rücksichtslos gebrauchen sie eine zufällige Reichstagsmehrheit und ihre parlamentarische Macht, für die Durchpeitschung der Steuer- und Zollgesetze, also für eine bedenkliche, unheilvolle und unmögliche Lastenverteilung. Nach dem zwischen der Regierung und den Regierungsparteien abgeschlossenen Kompromiß bleibt es bei dem alten Unrecht des überspannten Lohnabzugs. Auch die übersetzte Umsatzsteuer erfährt die notwendige Milderung nicht. Dazu tritt die neue Zollbelastung. Zum mindesten 30 Prozent seines Lohneinkommens wird der Arbeiter, der Beamte und der Angestellte allein für den Lohnabzug, die Umsatzsteuer und den Zoll auf dem Altar des Vaterlandes, das heißt für den Geldbeutel der Interessenten opfern müssen. Aus der Zeit deutscher Leibeigenschaft haben wir so oft mit Erstaunen gelesen, daß der hörige Bauer von damals den zehnten Teil von allem, was er hatte, Voigt- und Feudalherren opfern mußte. Der moderne Lohnsklave gibt aber für Lohnabzug, Umsatz und Zoll in Zukunft allein Dreizehntel von seinem Lohn, dem einzigen Besitz, den er hat, weil der Lohn seine Substanz ist. Wo ist aber in der gesamten Wirtschaft, bei unserem Unternehmer- und Händlertum ein zweiter Fall, wo 30 Prozent der Substanz gesteuert und gezollt werden?

Wohl kann, muß und wird eine zielbewußte Lohnpolitik der Gewerkschaften diese beabsichtigte Minderung der Kaufkraft auszugleichen versuchen. Aber damit sind keineswegs jene Bedenken über ganz bestimmte Folgen zerstreut, die, wirtschaftsgeschichtlich betrachtet, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik auslösen muß. Es handelt sich hier stark um jene Entwicklung in der gegenwärtigen Geschichtsepoche, die ein geschlossenes europäisches Wirtschaftsgebiet gegen den Wettbewerb anderer Wirtschaftseinheiten, zum Beispiel der nordamerikanischen, und eine weitere internationale Arbeitsteilung, damit in der einzelnen Wirtschaft, dem einzelnen Wirtschaftszweig und dem einzelnen Betrieb technische Vervollkommnung und Höchstleistungen zu Spitzenergebnissen gebracht werden können, notwendig macht.

Aus den Tagen der „Friedenskonferenz" zu Versailles im Frühjahr 1919 ist uns folgendes Ereignis übermittelt worden: Der verstorbene amerikanische Präsident Wilson schickte eines guten Tages, als man wieder einmal hinter verschlossenen Türen über die Neuordnung und das Schicksal Europas verhandelte, einen Zettel zur sofortigen Beantwortung an seine Sachverständigen, auf welchem stand: „Wer sind die Jugo-Slawen? Wieviel sind sie? Wo liegt ihr Land? Was wollen sie?" Man lächelt heute darüber, daß der Mann, der in Versailles über Europa entschied, und der tatsächlich damals das Schicksal Europas war, Europa nur höchst unvollkommen kannte. Man lächelt heute auch mitleidig über sein Werk, den Versailler Friedensvertrag, der alte Wirtschaftsgebiete auseinanderriß, dort ein Uebermaß industrieller Leistungsfähigkeit, wie in Polen, und in der Tschechei, ohne genügenden Absatzmarkt, und hier, wie in Deutschland und Oesterreich kaufkraftärmstes Gebiet, insgesamt ein Europa schuf, das zerrissen und wirtschaftlich geschwächt, ohne Plan und System dem Wettbewerb andrer Wirtschaftsgebiete gegenübersteht.

Wir haben nicht den allergeringsten Grund, über Wilson, den seltsamen Philosophen aus Washington, zu lächeln, denn wir haben es auch bis jetzt nicht besser gemacht als er. Die Männer von Versailles nahmen den politischen Zirkel und teilten Europa, ein ganz bestimmt konstruiertes Wirtschaftsgebiet, gegen seine wirtschaftliche Entwicklung und Bedürfnisse auf. Wir aber, das heißt die kapitalistischen Zöllner, Faszisten und Protektionisten Europas, bauen auf jenen in Versailles gezogenen Linien Zollmauern auf, die die Länder weiter voneinander abschließen und wie kulturfeindliche chinesische Mauern wirken müssen. Wir entwickeln in jedem Land und Ländchen Industrien und Industriechen, ängstlich wie kranke Kinder durch Hochzoll geschützt, feilschen und kämpfen im Fieber unheilbaren Rüstungswahnsinns um den von Steuerlast ausgepowerten europäischen Markt, unfähig zu weiterer wirtschaftlicher Fortentwicklung, unfähig zur Schaffung und Erschließung weiterer Märkte, aber gepeinigt von Furcht vor der mächtigen Konkurrenz der jungen und kräftigen überseeischen Wirtschaften. Gegen sie sperren wir die Grenzen, durch Zoll und Steuern, und verlangsamen so allenthalben den Lauf der Produktionsmaschine. Damit hemmen wir aber auch das Tempo unsrer Konsum- und Exportindustrien und zugleich die Möglichkeit einer notwendigen Rationalisierung der Wirtschaft, unterbinden die verbilligenden Höchstleistungen in der Produktion, die nur auf unbeschränktem und zunehmendem Absatz beruhen.

Kann das Weiterentwicklung sein? Soll dieser Weg in eine bessere Zukunft führen? Europa hat gar kein Interesse, an dem Fabrikanten X oder Y, der in Hückeskirchen, Ostrowo oder Petitville mühselig Tuch webt oder Erz zu Eisen macht. Wohl aber hat das politisch befriedigte und wirtschaftlich gereinigte Europa, sagen wir mal der Staatenbund Europas, ein Interesse daran, daß seine Millionen Menschen daheim Arbeit und billige Waren haben. Und wenn die reicher gesegneten Länder in Uebersee imstande sind, den goldenen Weizen billiger zu liefern als wir in Europa, so mögen sie das tun. Wirtschaftliches Gebot ist es aber, daß wir ihnen das, was wir schaffen können, die landwirtschaftlichen Maschinen, den industriellen Verbrauchsartikel so billig liefern, wie sie es nicht können; daß wir, in Anlehnung an das Prinzip internationaler Arbeitsteilung, ihre billige Gerste in unser Land nehmen, um auf unsern Feldern, wo wir Getreide nur teuer produzieren können, eine großzügige Produktion tierischer Erzeugnisse, wie Fleisch, Fett, Molkereiprodukte usw. zu entwickeln. Der Fabrikant X oder Y, den man augenblicklich wieder durch Hochzoll schützen zu müssen vermeint, ist nichts andres als ein wirtschaftlicher Krebsschaden, weil er wegen Mangels an Absatz nur drei Tage in der Woche arbeiten lassen kann, Wucherpreise nehmen muß, um die Profitquote zu erzielen, weil er dem Ziel moderner Wirtschaftswissenschaft, der billigsten und kontinuierlichen Massen- und Qualitätsproduktion entgegensteht.

Hier scheiden sich die Wege: Der Fabrikant X oder Y ist ein Ausdruck des heutigen Kapitalismus, bedeutet Aufteilung eines ausgepowerten und beschränkten Marktes, ist Lohndruck und Senkung der Kaufkraft durch Zoll und Steuern. Die Erweiterung des Marktes durch Zivilisierung des ganzen Erdballs, dessen Bevölkerung heute fast nur zum vierten Teil für die moderne Warenproduktion in Frage kommt, die Stärkung der Kaufkraft durch höhere Reallöhne, die Verbilligung der Ware und das größere Bedürfnis nach dem industriellen Produkt — das ist die Verwirklichung des Sozialismus, Lebensfähigkeit und wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt.

Setzt euch nun der heutige Kapitalismus chinesische Mauern vor eure Augen, die hungernd den Weg in eine bessere Zukunft suchen, dann reißt sie, wenn eure Stunde kommt, nieder!

Preistreiber am Werk.

Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen das bestehende Ausfuhrverbot für Getreide und Mehl aufheben. Selbst wenn sich der Reichstag vertagt, wodurch die Entscheidung über den Getreidezoll bis in den Herbst hinein verschoben wird, soll das Ausfuhrverbot fallen. Herr Kanitz, der Ernährungsminister und seine Freunde im Reichslandbund sind also fest entschlossen, auch ohne Getreidezoll den Getreidepreis auf die von ihnen gewünschte Höhe zu treiben.

Das Ausfuhrverbot für Getreide und Mehl wurde im Anfang des Krieges erlassen, um die deutsche Ernährung sicherzustellen. Es bestand bis zum Juni 1924. Damals wurde es vom Reichsernährungsminister Graf Kanitz aufgehoben, um die deutschen Getreidepreise an die spekulativ hochgetriebenen Preise des Weltmarktes heranzubringen. Die Auswirkungen waren folgende:

	Ende Juni 1924	Ende September 1924
Preis für Roggen, 50 kg in Mk.	5.93	10.60
Roggenbrot, Index, 1913 = 100	102 00	124 00
Rindfleisch, Index, 1913 = 100	104.00	114 00

Graf Kanitz hatte also, wie unsere Zusammenstellung beweist, mit der Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes durchaus seinen Zweck erreicht. Ja, noch mehr, denn die deutschen Preise lagen um jene Zeit teilweise über den amerikanischen, den Weltmarktspreisen.

Heute soll durch Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes, das man Ende September 1924 infolge der rasend steigenden Preise wieder einführen mußte, ähnliches erreicht werden. Wir können vor solchen Experimenten nur warnen. Die Ernte auf der nördlichen Halbkugel ist durchaus verschieden ausgefallen und die Marktlage für Getreide ist völlig ungeklärt. Nach den Veröffentlichungen des Internationalen Ackerbaubureaus in Rom haben wir wahrscheinlich mit folgenden Ernteerträgnissen zu rechnen:

	1925	1924	1923
Weizen (in Mill. Dopp.-Ztr.) insgesamt	573,3	562,9	651,4
Davon Europa	169,7	131,9	176,5
Kanada und Vereinigte Staaten	284,3	308,9	346,1
Roggen (in Mill. Dopp.-Ztr.) insgesamt	112,9	84,3	114,8
Davon Europa	95,9	64,7	92,9
Kanada und Vereinigte Staaten	17,0	19,6	21,9

Wenn man die Gesamtergebnisse betrachtet, ist die Ernte 1925 besser ausgefallen, als die Ernte 1924; sie bleibt aber hinter den Erträgnissen der Ernte 1923 zurück. Diese Tatsache will aber nichts für die künftige Preisbildung besagen. Die Preisbildung für Getreide hängt vorzugsweise von dem Ausfall der amerikanischen Ernte und den Notierungen der großen Getreidebörsen in Chicago und Newyork ab. In Nordamerika ist die Ernte aber sehr schlecht ausgefallen. In den amtlichen Ausweisen wird der Winterweizen mit 404 Millionen Bushels und der Frühjahrsweizen mit 276 Millionen Bushels angegeben. Damit hätte man in der Ernte der Vereinigten Staaten Nordamerikas mit einem Getreideausfall von gut 200 Millionen Bushels zu rechnen. Dieser Ausfall wird noch größer sein, da die nordamerikanische Ernte dieses Mal sehr zahlreich von schädlichen Krankheiten, besonders vom Schwarzroste befallen ist, wodurch der Ertrag der Ernte sehr wahrscheinlich noch ganz bedeutend herabgemindert wird. Dieser Ausfall in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist aber die natürliche Voraussetzung für großangelegte Getreidespekulationen, wie wir sie auch im vorigen Jahr erlebt haben. Es ist also auf dem Weltmarkt mit steigenden Getreidepreisen zu rechnen. Diese steigenden Preise müssen natürlich die deutsche Preisbildung für Getreide beeinflussen.

Wenn der Ernährungsminister Graf Kanitz nun das Getreideausfuhrverbot für Deutschland aufhebt, muß das folgende Wirkungen auslösen: Die deutsche Ernte wird wie im vorigen Jahr nach dem Auslande verschleudert. Dadurch muß eine Verknappung der deutschen Getreidebestände eintreten. Wir sind dann, um die deutsche Ernährung sicherzustellen, mal wieder darauf angewiesen, große Getreidebestände im Auslande zu kaufen, wofür wir die höheren Preise bezahlen müssen die wiederum den deutschen Getreidepreis in die Höhe treiben.

Die Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes in der jetzigen durchaus ungeklärten Situation bedeutet also für den Agrarier neue Erntekonjunkturgewinne, für den Arbeiter aber unerschwingichen Brotpreis.

Preissenkung durch Lohn- und Gehaltsabbau.

Die „Osteroder Zeitung" beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 27. Juli mit dem „Weg zur Preissenkung". Sie führt zu diesem Thema im wesentlichen folgendes aus: „Die Mehrzahl der verdienenden Deutschen besteht aus Gehalts- und Lohnempfängern. Die Betriebsausgaben der Verwaltungen der öffentlichen Hand ebenso wie der meisten Unternehmungen der freien Wirtschaft z. B. des die Preisbildung besonders beeinflussenden Bergbaus besteht zum größten Teil aus Aufwendungen für Gehälter und Löhne." Steigen nun die Einkommen dieser großen Arbeitnehmermassen, so steigen die Preise; werden die Einkommen herabgesetzt, so fallen auch die Preise. Nach diesen tiefgründigen Deduktionen macht nun die „Osteroder Zeitung" ganz ernsthaft den Vorschlag, „zunächst einmal bis auf weiteres jede durch Gesetz oder Tarif hergestellte Gehalts- und Lohnsteigerung mit allen Mitteln zu vereiteln." Sie gönnt wohl jedem Volksgenossen ein Einkommen, welches das Leben erträglich macht, doch sei es ein „Gebot der Vernunft", die Verbesserung der Lebenshaltung durch eine Senkung der Preise herbeizuführen. Doch nicht genug damit. Wenn nämlich eine Senkung der Preise tatsächlich eintritt, so „wird sogar vielleicht zu erwägen sein", wie eine weitere Senkung aller Einkommen wird folgen können. Die „Osteroder Zeitung" verspricht sich davon die Verbilligung des Produktionsprozesses und die Hebung der Konkurrenzfähigkeit. Sie fordert daher die Regierung auf, mit „durchgreifender Energie" die Wege zu gehen, die solche Verhältnisse herbeizuführen geeignet sind.

Die „Osteroder Zeitung" ist um ihre volkswirtschaftliche Bildung zu „beneiden". Die letzten zehn Jahre scheinen an ihr vollständig spurlos vorübergegangen zu sein. Sie hätte sonst merken müssen, daß die notwendige Senkung der Preise gerade an der falschen Einstellung der betr. Wirtschaftsführer gescheitert ist. Wir nennen hier nur einige Faktoren die eine Preissenkung unmöglich machen: Technische und organisatorische Rückständigkeit, laxe Kalkulationsmethoden. Uebersetzung des Handels, hohe Gewinnspannen usw. Es wäre besser, die „Osteroder Zeitung" forderte hier „Durchgreifende Energie" der Regierung, statt den Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber, die sich gerade heute angesichts einer schnell ansteigenden, nicht in Lohn- und Gehaltserhöhungen begründeten Teuerung in einer großen Notlage befinden.

Einkommen und Konsumkraft der breiten Masse.

Der Monatsbericht der Dresdner Bank vom 1. August behandelt ausführlich die gegenwärtige Krise. Nachdem auf die eigentümlichen Merkmale der heutigen Krise hingewiesen wird, daß z. B. die deutsche Arbeitslosigkeit die niedrigste Europas sei, die deutsche Schlüsselindustrie dieselbe Produktionsziffern zeige als in der Vorkriegszeit und einige Industrien sogar eine Hochkonjunktur aufweisen, macht der Bericht zu dem Thema Volkseinkommen und Kaufkraft folgende Feststellungen:

„Aber nicht nur auf der Produktionsseite, sondern auch im Absatz und in der finanziellen Situation, wo die krisenhaften Erscheinungen am deutlichsten zum Ausdruck kommen, sind Tatsachen feststellbar, die im scheinbaren Widerspruch zu der schlechten Gesamtlage stehen. So z. B. kann, was das Gesamteinkommen des deutschen Volkes betrifft, nach den Angaben der Reichsregierung unter Zugrundelegung der Steuererträgnisse ein Gesamteinkommen von 44 Milliarden angenommen werden und auf den Vorkriegswert reduziert von etwa 33 Milliarden. Das deutsche Volkseinkommen vor dem Kriege betrug nach damaligen Schätzungen etwa 42 Milliarden. Berücksichtigt man den Gebietsverlust mit etwa 10 Prozent, so kann man sagen, daß das gesamte Einkommen des deutschen Volkes augenblicklich etwa 80 Prozent des Vorkriegseinkommens beträgt — allerdings ohne Rücksicht auf die Steuerbelastung und die für die weitere Kapitalbildung so bedeutsame Verteilung zwischen den einzelnen Einkommenkategorien. Innerhalb des Gesamteinkommens ist der prozentuale Anteil der Gehalt- und Lohnempfänger gegenüber 1913 größer geworden und als ganzes betrachtet wohl das Vorkriegseinkommen dieser Gruppe erreicht. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Bevölkerung sich gegenüber 1913 vermehrt und die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Zuwanderung von Personen, die früher anderen ökonomischen Kreisen angehörten, erheblich zugenommen hat. So ergibt sich also, trotz der gegenüber der Vorkriegszeit gleichen Höhe des für den Massenkonsum wesentlichen Volkseinkommens eine geringere Kaufkraft bei dem einzelnen, die natürlich ihre Auswirkungen auch auf die Schichtung der Nachfrage und damit auf den Absatz der einzelnen Produkte zeitigt. Insbesondere ist als Folge der Verringerung des Volkseinkommens gegenüber 1913 und der Neuschichtung zwischen den Einkommenskategorien folgendes festzustellen:

1. Bei dem geringen Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte bleibt, nach Befriedigung des notwendigen Lebensbedarfs, nur ein verhältnismäßig geringer Teil zu Ersparniszwecken übrig. 2. Da in erster Reihe die lebensnotwendigen Produkte beschafft werden müssen, bleibt für die Nachfrage nach andern Konsumgütern — außer Nahrung und Kleidung — nur ein geringer Bruchteil übrig. 3. Die Verschiebung des prozentualen Verhältnisses zwischen dem Arbeits- und Kapitaleinkommen hat vor allem einen Rückgang in der Kapitalsakkumulation und damit einen Ausfall von Betriebsstion unmittelbar arbeitenden Industrien zur Folge. Hieraus erklärt kapital und Beschäftigungsmöglichkeit innerhalb der für die Produksich demnach die Tatsache, daß in Produktion und Handel diejenigen Unternehmungen, die für den unmittelbaren Konsum arbeiten, wie die Lebensmittelbranche, die Textilindustrie, die Fahrrad- und Automobilindustrie, die Warenhäuser u. a. m., einen gute Beschäftigungsgrad und Gewinne aufweisen, während die Industrien der Rohstoffe und Produktionsmittel unter Absatzmangel und Kapitalknappheit erheblich mehr zu leiden haben. Zum Schluß weist der Wirtschaftsbericht der Dresdner Bank auf die Uebersetzung der Betriebe in Industrie und Handel und die zunehmende Kartellierung und der Wirkung hin.

Die siebente Großmacht.

Die stärkste Macht des öffentlichen Lebens ist die Presse. Wer über eine große Zeitung oder sogar, wie es bei Hugenberg, Girardet, Mosse, Ullstein und Stinnes der Fall ist, über mehrere verfügt, ist eine öffentliche Macht. Ein solcher Mensch kann die Oeffentlichkeit nach seinem Willen beeinflussen, er kann eine öffentliche Meinung vortäuschen, die in Wirklichkeit keine öffentliche, sondern eine durchaus private ist; er kann, wie Lassalle einmal sagte, alle Brunnen des Volksgeistes vergiften, und dem Volke den geistigen Tod aus tausend Röhren kredenzen. Und wenn die Macht der Presse von einer gewissenlosen Clique von Geldmenschen zu ihren ureigensten Zweck gebraucht wird, dann wird die öffentliche Meinung zu einer Handelsware.

Der britische Oberstaatsanwalt Douglas Hogg hat einmal auf den Bruder und Erben des englischen Zeitungskönigs Northcliff, Lord Rothermere, folgende Worte geprägt, die auch auf unsere deutschen Zeitungskönige ohne weiteres zutreffen: „Es scheint mir eine Gefahr, daß ein sehr großer Teil unserer Presse von einem einzigen Mann kontrolliert wird, einem Mann, der nicht bereit ist, auf seinem Platz im Parlament zu erscheinen, und dort seine Ansicht auszusprechen, wo man debattieren und ihm widerlegen kann, der aber Tag für Tag die Regierung kritisieren und in ein falsches Licht rücken und die öffentliche Meinung zeitweise so beeinflussen kann, daß manchmal das in der Regierung eintritt, was schließlich dann die Untätigkeit und Unfähigkeit zu handeln, hervorruft, die er der Regierung vorwirft. Das ist der Gasangriff modernster Zeit, und vielleicht der schwierigste, abzuschlagen."

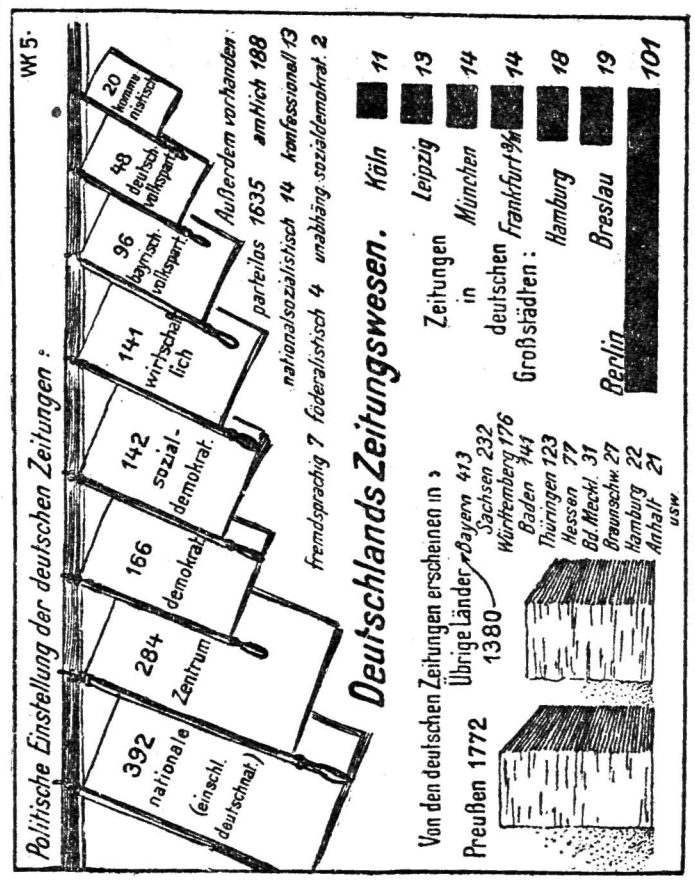
In Deutschland befinden sich 80 Prozent der Zeitungen in Abhängigkeit vom Großkapital. Doch nicht nur die Zeitungen, sondern auch die großen Korrespondenzbureaus befinden sich in deren Händen. Man überschaue nur einmal die lange Kette von Korrespondenzbureaus, die sich der ehemalige Direktor der Firma Krupp, Hugenberg, angefangen von der Telegraphenunion (TU.) bis zur Matern- und Klischeelieferung an die kleinen Provinzblätter, untertänig zu machen vermochte. Da sich die große Masse der kleinen Zeitungen eigene Vertretungen an den wichtigsten Plätzen Deutschlands und der Welt nicht halten kann, ist sie auf Korrespondenzen angewiesen. Hinzu kommen in letzter Zeit die Bilderbeilagen. Nur große Blätter sind in der Lage, sich Tiefdruck- oder Offsetmaschinen anzuschaffen. So werden denn die illustrierten Zeitungen in gewaltigen Auflagen gedruckt, und den Provinzblättern mit anderem Kopfaufdruck beigelegt. So wirken die großen Zeitungskonzerne weit über ihre eigenen Zeitungen hinaus.

Die Gliederung der deutschen politischen Presse geht aus nebenstehendem Schaubild hervor. Ausgesprochen politische Zeitungen wurden in diesem Frühjahr in Deutschland 1293 gezählt. Daneben gibt es noch 1635 sogenannte parteilose, die die gefährlichste Gattung darstellen. Außerdem bestehen noch 188 sogenannte amtliche Blätter, die hauptsächlich auf dem Lande als Kreisblätter erscheinen und ebenfalls den bürgerlichen Blättern zuzuzählen sind. Den insgesamt 2966 bürgerlichen Tagesblättern stehen nur 141 sozialdemokratische Zeitungen, 20 kommunistische und 2 unabhängig-sozialistische Zeitungen gegenüber.

Hier zeigt sich die Schwäche des arbeitenden Volkes. Die ungeheure Masse der Hand- und Kopfarbeiter, die drei Viertel des gesamten Volkes ausmachen, haben ihre geschichtliche Mission noch nicht begriffen, sonst würden sie nicht in ihrer übergroßen Masse die bürgerliche und farblose Presse unterstützen. Sie haben das Prophetenwort Lassalles noch nicht begriffen, das dieser vor 62 Jahren in die Massen schleuderte: „Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!" Die heutigen Volksmassen, die ganz anders geschult sind als die arbeitenden Massen zu Lassalles Zeiten, haben auch heute noch nicht selbständig denken gelernt, sondern sie beziehen ihre Gedanken tagtäglich fix und fertig zum Gebrauch von den Zeitungsschreibern, jenen Leuten, von denen Bismarck sagte, daß sie ihren Beruf verfehlt hätten und die Lassalle folgendermaßen charakterisierte: „Das sind die modernen Landsknechte von der Feder, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefere Wunden geschlagen hat, als das stehende Heer der Soldaten, denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Säfte!"

Aber eine andere Macht ist heute entstanden, an die Lassalle noch nicht zu denken vermochte: Die freie Gewerkschaftspresse. Sie ist ein gewaltiges Machtmittel der Arbeiterklasse. Sie erscheint in einer Auflage von 8 Millionen Exemplaren. Zwar gibt es hier eine Kategorie von Beziehern, die es bei der Tagespresse nicht gibt, die Nichtleser. Dennoch ist die freie Gewerkschaftspresse die gewaltigste Pressemacht Deutschlands. Ihre Aufgabe ist es, die Vorurteile zu zerstören, die den Lesern von der falschen Tagespresse eingeimpft werden. Und zu unserer aller Freude sei es festgestellt, daß die Gewerkschaftspresse von heute mit derjenigen vor 15 Jahren fast kaum zu vergleichen ist. Sie ist über sich selbst hinausgewachsen. Und dessen freuen wir uns. Heute werden in der Gewerkschaftspresse Probleme erörtert, an die man vor 10 Jahren kaum zu denken vermochte.

Wohlan denn, ihr Millionen, das Blatt, das ihr da in der Hand haltet, ist eure stärkste Waffe. Sie ist in der Lage, die Uebermacht der bürgerlichen Presse auszugleichen, wenn ihr sie nur unterstützt und vor allem sie leset vom Anfang bis zum Ende.



Daneben denkt immerfort an den Ausbau der sozialistischen Tagespresse, denn erst beide zusammen, die Gewerkschaftszeitung und die Tagespresse ergeben die scharfe Waffe, mit Hilfe deren es möglich ist, den Unverstand der Massen zu überwinden. Erst wenn die chinesische Mauer der Dummheit abgetragen, vermag das schaffende Volk die Macht zu ergreifen.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Jugendtag! Chorwerk von Bruno Schönlank. Preis 50 Pfg., 24 Seiten, Aufführungsrecht bei Abnahme von 20 Exemplaren, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Vom **Flachblatt der Maler** liegt Heft 5 vor. Der Verband der Maler hat mit der Herausgabe dieser Fachschrift wirklich Vorbildliches zur technischen und künstlerischen Fortbildung seiner Mitglieder geleistet; es ist schon für einen Berufsfremden eine Freude, das Fachblatt in die Hand zu nehmen, um wieviel mehr muß diese Empfindung die Mitglieder des Malerverbandes beherrschen, wenn sie die vorzüglich redigierten und ausgestatteten Hefte studieren.

Gebundene Jahrgänge der Dietz-Zeitschriften. Die im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, erscheinenden Zeitschriften haben sich durch gediegenen Inhalt und vorbildliche Ausstattung einen vieltausendköpfigen Kreis treuer Freunde erworben. Der Verlag ist nun, vielfachen Wünschen folgend, dazu übergegangen, die letzten Jahrgänge in schönen Ganzleinenbänden zusammengefaßt, herauszugeben. Es sind erschienen:

Jahrgang 1924 **„Lachen links"**, 12,50 Mk., ein Band voll köstlicher, politischer Witze und Satiren. Jahrgang 1924 **„Frauenwelt"**, 12,50 Mk., die Halbmonatsschrift der schaffenden Frau, mit gut illustrierten belehrenden und unterhaltenden Aufsätzen, Romanen und Modebeilagen. Jahrgang 1924 **„Die Gemeinde"**, 10 Mk., Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land mit reichem Material über alle Gebiete der kommunalen Praxis. Jahrgang 1924 **„Die Gesellschaft"**, 14 Mk., Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und grundsätzliche Abhandlungen über aktuelle Probleme der Volkswirtschaft, des Sozialismus und der Politik.

Wer „Die Gesellschaft" im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, sollte sich den Sammelband kaufen. Die Hefte des ersten Halbjahres 1925 sind bereits in einem neuen Band zum Preise von 8,50 Mk. erschienen.

Die wilden Indianer der südamerikanischen Pampa sind fast ganz unbekannt geblieben, während die Rothäute Nordamerikas seit mehr als einem Jahrhundert in aller Mund sind und sich zu romanhaften Gestalten entwickelt haben. Es ist recht zeitgemäß, daß die bekannte Brockhaussammlung „Reisen und Abenteuer" sich im soeben erschienenen 31. Band mit jenen vergessenen Indianern beschäftigt. Der argentinische General Mansilla berichtet in dem Bande, der den Titel trägt „Die letzten wilden Indianer der Pampa" (Verlag Brockhaus, Leipzig, geb. 2,50 Mk., in Ganzleinen 3,20 Mk.), über seine abenteuerlichen Erlebnisse bei den Rankelen, einem der Hauptstämme der Pampaindianer. Professor Dr. Walter von Hauff, der selbst Argentinien aus eigener langjähriger Anschauung kennt, hat sich durch die geschickte Bearbeitung des nur spanisch vorliegenden Originalwerks von Mansilla ein großes Verdienst um Volk und Jugend erworben. Noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Indianer die Herren der endlosen Steppen, auf denen heute der fleißige Farmer reiche Ernten einheimst. Trotz des Reichtums der Natur waren die damaligen Bewohner arme Teufel, die den Segen der Arbeit zu spät erst erkannten; sie stellten die ungebundene Freiheit des Lebens am höchsten. Es ist sehr interessant, einen Einblick in das nun erloschene abenteuerliche Indianerleben zu tun. Das Buch meldet von merkwürdigen Anschauungen und rohen Gebräuchen, gibt aber auch Kunde von dem feinen Rechtsgefühl der Indianer. Natürlich spielt ein kleiner Raubzug gar keine Rolle, und wenn ein Mädchen, das den Herrn Oberst Mansilla als Paten hat, bei der Taufe in den kostbaren Mantel gehüllt ist, der vor nicht langer Zeit eine Muttergottesstatue in der Hauptstadt Boliviens schmückte, so hat das nichts weiter auf sich. Solche Dinge sind landesüblich. Man liest das eigenartige Charakterbild mit großem Interesse und bedauert nur, daß an Stelle der selbstbewußten Indianer, die stolz auf ihre Heimat waren, geplagte Tagelöhner getreten sind. Der Band ist mit künstlerischen Abbildungen aus dem abenteuerlichen Leben der Indianer und mit stimmungsvollen Landschaftsbildern der Pampa ausgestattet. Auch er ist wieder allen Freunden der Länder- und Völkerkunde als anregende Lektüre aufs wärmste zu empfehlen.

Der Wuchter.

„Nur feste druff, hab' keine Ruh'" so heißt's beim Wuchter immerzu. — Rücksicht nimmt er keine mehr auf die Kollegen um ihn her. — Denn nach jeder Richtung er bossiert, was ihn durchaus noch nie geniert. — Wenn auch sein Nebenmann verletzt, im Wuchtertempo er stets weiter metzt. — Sein Werkstein immer trocken ist, weil zum Nässen doch nur Zeit verfließt. — Nach der Schablone schnell der Wuchter flitzt und sich dabei auch noch den Bleistift spitzt. — Sein Werkzeug liegt wie kreuz und quer samt den Klamotten um ihn her. — Ruft es zur Pause im Betrieb, so macht er stets den letzten Hieb! — Und wenn die Kompanie ihn ruft, er immer dann noch weiter wucht. — Wird er nun noch einmal begehrt, so spricht er dreist: „Hab' nichts gehört!" — Wohl aus Erfahrung weiß man schon, daß so ein Wuchter prahlt mit seinem Lohn: — „Verdiene zwei-, ja, dreimal mehr, als die Kollegen um mich her!" — Jedoch dem größten Wuchter lassen nach die Kräfte, so von Tag zu Tag. — Er kommt zur Einsicht mit der Zeit, wenn ihm der Kragen wird zu weit. — Drum laßt ihn wuchten, wuchten immerzu, ja schneller geht er dann zur ew'gen Ruh'. — Kein Kollege weint dem Wuchter eine Träne nach, denn er selber hat sich ja durch wilde Arbeit umgebracht. — Im Maßhalten war er durchaus nicht zu belehren, nun wird kein Erinnern mehr den Toten ehren! —

Das Drama der Steine.

Von R. Francé.

Seit der Geschichte vom „Kanitverstan" hat Amsterdam für uns den Nimbus des Märchenhaften und Exotischen. Man hört Palmen rauschen, der phantastische Elefantenzug diamantenbehängter Fürsten aus Insulinde zieht vor dem Auge vorüber, wenn der Name Amsterdam erklingt. Und wenn man zum erstenmal dieses nordische Venedig betritt, so ist es eine der wenigen europäischen Großstädte, die ihren Besucher nicht enttäuscht. Denn bodenbeständig, eigenartig, echt und alt ist hier alles. Schon „het Y" hat trotz der modernen Indienfahrer noch einen Hauch der alten Seeherrlichkeit, und an manchem stilleren Winkel liegt noch eine altertümliche Fregatte vertaut. Freilich ist sie in ein friedliches Hafen-„Kantoor" umgewandelt, aber sie paßt doch stielecht zu den alten Giebelhäusern und barocken Türmen, vor allem zu dem „Schreijerstooren" am Hafen selbst, dem Turm der Tränen und Schmerzensschreie, so benannt nach der Klage der Seemannsfrauen, wenn die Schiffe von hier hinauszogen und langsam hinter dem endlosen Wasser verschwanden, um vielleicht nie wiederzukehren.

Und schlägt man sich ins Wirrnis der alten Gäßchen, die hinter dem Schreiersturm schatten wie ein Jahrhunderte alter Wald, tritt man mit jedem Schritt ein Jahr zurück in die Vergangenheit. Das Europa des 20. Jahrhunderts versinkt und echter noch als in Rothenburg oder Hildesheim oder sonst einer der altdeutschen Städte, wo in der Urväter altem Hausrat moderne Menschen wohnen, ist hier auch das Volk dieser Gassen alten Geschichtsbüchern entsprungen.

Wir stehen da just vor dem Hause, wo Rembrandt gehaust hat. Schon die Namen des Viertels klingen wie leibhaftiges Mittelalter: Oudezijdsvorburgwal und Oudezijdsachterburgwal. Dem modernen Menschen sind solche Wortschlangen nicht geläufig. Er hat keine Zeit mehr für sie. Aber die Menschen, die hier aus und ein gehen, die ganze schmale, schmutzige Gasse mit ihrem Gewimmel erfüllen, unter den Toren handeln, ihre Waren ausrufen oder nur den Kopf aus all den lichtlosen Höhlen herausstecken, in deren Düster sie arbeiten, die sind nicht modern. In allerlei alte Kaftans und verblichene Trachten, in Röcke von längst gestorbenem Schnitt gekleidet, gehen sie ihres Tages Notdurft nach, mit vielen Worten, in allerlei unverständlichen Berufen. Mit geheimnisvollem Winken rufen sich dort drei Männer zusammen in einem Torbogen, sie stecken die Köpfe zueinander und betrachten gierigen Auges ein Ding — wir sehen hin . . . und wirklich: es ist ein blitzender, strahlender Diamant, den der Mann im verschlissenen Röckchen dort achtlos aus der Tasche holte . . .

Denn wir sind ja im Viertel der Diamantenhändler und der Schleifer der kostbaren Steine, und in allen diesen Gassen ringsum, im ganzen alten Ghetto von Amsterdam ist das Zentrum des europäischen Diamantenhandels, hier hausen die Schüler und Nachkommen jenes Ludwig von Berquem, der zuerst (es war anno 1456) das augenbetäubende Gefunkel eines geschliffenen Diamanten gesehen hat. Das Zauberwort dieser Welt heißt Karat. Karat tönt aus allen Gesprächen dieser Gassen. Von Karaten wird in den Hunderten von Schleifmühlen gesprochen, von denen sich manche modernisiert haben und an tausend Arbeiter beschäftigen; um Karat, um dieses winzige Gewicht von 0,205 Gramm, um dieses drollige Wort aus der afrikanischen Negersprache, das eine Bohne bedeuten soll, die man zum Wiegen des Goldes in Afrika benutzte, dreht sich das Leben, all die Freuden und Sorgen, der ganze Horizont dieser Tausende von Amsterdamer Brillantenhändlern und -arbeitern, unter denen es Diamantenkönige gibt und arme Galopins, reiche Leute, die in ihre „Koffiehäuser" mehrere hundert Steine in der Tasche mitführen, und armselige Schnorrer, die froh sind, wenn sie mit ein wenig Diamantenstaub, den man zum Polieren der Steine benutzt, handeln können, die aber alle, soweit man wenigstens aus ihrem Tun auf der Gasse schließen kann, so erfüllt und begeistert von dem Edelstein sind, daß sie sicher auch noch im Traum von Karaten murmeln.

Im Amsterdamer Diamantenviertel gehen seit Jahrhunderten Romanphantasien, aber auch viele Anekdoten und große Begebenheiten der Weltgeschichte aus und ein. Hierher brachte man den „Orloff", der einst als Auge des Götzen Brahma in einem indischen Tempel funkelte und dann in der Spitze des russischen Reichszepters glänzte. Der Roman dieses Steines ist phantastischer als die Geschichten von Sue und Balzac. Schmutz, Glanz, Blut und Schlauheit haben ihren Reigen um ihn geflochten. Seinetwegen hat man sich am Gott vergriffen und den Tempel zerstört, dann kam er nach Persien und blendete die Augen jener, die vor dem Thronsessel des Schahs Nadra, in den er mit dem „Kooh-i-noor" eingesetzt war, in die Knie fielen. Aber seinetwegen hat man auch den Schah umgebracht und bei dem Mord den Stein geraubt. Dann tauchte er unter im Namenlosen, ging wahrscheinlich von Hand zu Hand, bis er auf einmal in europäische Hände kommt, und in diesem Augenblick beginnt die Karriere der „Seesonne", wie der Diamant in Persien genannt worden sein soll. Ein französischer Soldat verkauft ihn um 50 000 Frank einem Schiffskapitän, der ihn sofort für 300 000 Frank weitergibt. Dann kommt er auf den Markt von Amsterdam; hier bekommt er seinen letzten Schliff und durch den Grafen Orloff seinen Namen. Die Kaiserin Katharina II. verbringt schlaflose Nächte, gepeinigt von dem Wunsch, diesen Stein zu besitzen. Und sie häuft Reichtümer, Titel und Ehrenbezeugungen auf den Juwelier, von dem sie ihn endlich bekommt. Da sie nicht mehr als 450 000 Silberrubel Bargeld besitzt, verleiht sie dem Juwelier als Draufgeld den Adel und 4000 Rubel jährliche Leibrente.

Noch seltsamer ist die Geschichte des „Pitt", der heute im französischen Staatsschatze liegt. Zwei Jahre lang hat man ihn in Amsterdam geschliffen, und er hat dadurch zwei Drittel seiner Größe verloren. Sein erstes Etui war nicht der Samt und die Seide, die ihn jetzt umhüllen, sondern die eiternde Wunde eines indischen Sklaven, in die ihn der Unredliche, der ihn in den Diamantengruben zu Golkonda fand, verborgen hatte. Ob er seinem ersten Besitzer Glück gebracht hat, wissen wir nicht. Dagegen gab schon in demselben Jahr 1702, da man ihn fand, der englische Gouverneur von Madras, der ihm auch den Namen gab, eine Summe dafür, die man auf 290 000 Mk. schätzen kann, freilich nur, um ihn sofort für zweieinhalb Millionen Frank an den französischen Hof zu verkaufen. Ein guter Teil der wahnwitzigen Verschwendung, durch die sich dieser zugrunde richtete, ist auf dieses Konto der Gier nach Diamanten zu schreiben. Von nun an führt der Stein den Namen „Regent", und er scheint auch der heimliche Regent vieler französischer Herzen geblieben zu sein, denn gleich eine der ersten Taten der französischen Revolution war es, den Regenten zu stehlen. Es ist nie zutage gekommen, wer dies getan hat. Wir wissen nur, daß der Stein für die Diebe keinen Segen brachte, denn sie denunzierten sich gegenseitig in anonymen Briefen, und 1792 begann eine wahre Schatzgräberei in der Pariser „Allee des Neuves", wo man den Millionenstein auch fand. Für die revolutionäre Regierung bedeutete er eine willkommene Bereicherung der Kriegskasse, und es gehört zu den Witzen der Weltgeschichte, daß der deutsche Kaufmann Treskow in Berlin der Geldgeber war, der der französischen Regierung für den verpfändeten Regenten das Geld vorschoß, womit diese dann Krieg gegen Deutschland führen konnte. Man hat den Stein bei ihm nie ausgelöst, und so konnte er ihn an Napoleon verkaufen, der seinen Degenknopf damit zierte. Und wieder weiß die Mineralogie durch eine Anekdote die Weltgeschichte und die Geschichte der idealen Regungen des Menschenherzens eigentümlich zu illustrieren. Der Ruf des wunderbaren Degenknopfes war in der deutschen Armee weit bekannt, und in der aufopfernden Jagd nach dem Degen Napoleons in der Schlacht bei Waterloo wirkten offenbar auch noch ganz andere Triebfedern mit als bloßer Ehrgeiz. Aber der Degen, den man Blücher brachte, enthielt nicht das Kleinod. Napoleon, dem inzwischen das Geld ausgegangen war, hatte es nämlich längst neuerdings verpfändet. Trotzdem kehrte es in den französischen Staatsschatz zurück und wurde schon im Jahre 1848 auf acht Millionen Frank geschätzt.

So könnte man ein Buch füllen mit der Geschichte der Diamanten und Gesteine, und alle Dramen, alle komischen Verwicklungen, alle schlechten, zum Glück auch alle edlen Regungen des Menschenherzens, die man nur ersinnen und erleben kann, wären in diesem Buch vertreten.

Moral.

Einst ging ein Weiser über die Welt,
Der hatte kein Haus, keinen Orden, kein Geld.
Er ging zu den Kranken und Armen und predigte Erbarmen.
Laut tönten seine Klagen; er ward ans Kreuz geschlagen.

Unter Blitz und Donnerwetter
Schufen die Reichen sich eigene Götter:
Tückisch, brutal, verrucht, von allen guten Geistern verflucht,
Und hängten — das Volk ist so dumm — einen christlichen Mantel sich um.

Das ist schon lange her, mein Sohn.
Sie setzten das goldene Kalb auf den Thron.
Was Menschlichkeit! Was Brüderlichkeit!
Wie lächerlich: Wer zwei Röcke hat, der sorge für den, der keinen hat.

Sei klug: und erb' und spekulier'!
Oder du bleibst ein Arbeitstier. —
Ich bin ein Reicher und kauf dich mir mit deinem Geist,
Deiner Muskelkraft und allem, was neuen Reichtum schafft.

So möchten sie's ewig treiben.
Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.
— — — — — — — —

K. A. M.